

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88^{III}
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheidts, Angustastr. 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Veretnamitglieder sowie Veretnamanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Wohlfahrtspflege oder Klassenkampf? Ausschreiben zur Erlangung einer Eintrittskarte. Rundschau. Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912, I. Die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine. — **Allgemeines:** Durch die Maschinenhallen. Freier Sonnabend-Nachmittag. Berichterstattung der Mitglieberschaften. Tarifbewegung in München. — **Der Lithograph:** Ein Wort an die Lithographen. — **Die photomech. Fächer:** Der Aufschwung des Chemigraphiegewerbes. Hubert Ackermann †. Brief aus Lyon. — **Photogr. Mitarbeiter:** Gegen den Vergrößerungswinkel. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Mühlhausen in Thüringen. — **Feuilleton:** Der schwarze Bauer vor den Richtern. Vom Büchertisch. Briefkasten der Redaktion. — **Anzeigen mit Totenliste.**

Bekanntmachungen.

In Lyon, Frankreich, stehen die Chemigraphen im Streik. Zutug ist fernzuhalten.

Internationales Sekretariat.

Wohlfahrtspflege oder Klassenkampf?

Fünfzehn Jahre sind vergangen. Damals war es, als die evangelisch-soziale Bewegung hohe Wellen schlug, da tat sich in diesem Kreise ein Mann hervor, der seine Reden mit praktischen Beweisen zu belegen wußte. *Fabrikbesitzer Heinrich Freese* hatte das Mittel gefunden, wie man die tiefe Kluft zwischen Kapitalisten und Arbeitern mit einer sicheren Brücke überspannen konnte. Auf bürgerlichen Sozialreformtagen pries er in lauten Tönen seine geniale Idee an, in Aufsätzen und Büchern wurde er nicht müde, seine Erfindung lobend weiter zu empfehlen.

Zwar war es keine neue Idee, die der kleine Geist hervorgebracht hatte. Sein »konstitutioneller Fabrikbetrieb« war schon lange vor ihm von einem großen Genie, aber viel durchgreifender und vor allem ehrlicher durchgeführt worden. Der englische Utopist Robert Owen war es, der seinen Arbeitern die volle Selbstverwaltung des Inneren Betriebes seiner großen Fabrik überlassen hatte, und der durch Beispiel und Belehrung aus seiner kulturell tiefstehenden Arbeitermasse eine gesunde, lebensfrohe und verhältnismäßig gebildete Arbeiterschule schuf. Aber Owen war durch und durch Sozialist, dem die kapitalistische Baumwollspinnerei nur das Mittel zum Zweck war, seine sozialen Reformpläne durchführen zu können. Heinrich Freese aber ist durch und durch Kapitalist, dem die Reformpläne nur das Mittel geben sollten, die Arbeiter von eigenen sozialen Bestrebungen abzuhalten.

Es gab eine Zeit, wo weite Kreise des Bürgertums glaubten, in den Arbeiterausschüssen nach Freese'schem Muster das Mittel entdeckt zu haben, die Arbeiter von der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung abzuhalten. Aus diesen Hoffnungen heraus ist sogar versucht worden, die Arbeiterausschüsse durch die Gewerbeordnung gesetzlich einzuführen. Dieser Versuch mißlang. Ihre Einrichtung wird durch die Gewerbeordnung den Unternehmern nur empfohlen,

Aber Freese hatte nicht nur den Arbeiter ausschließen weitgehende Mitbestimmungsrechte gegeben, er hat auch, wie einige andere Fabriken, die sogenannte Gewinnbeteiligung seiner Arbeiter zur Einführung gebracht. Er hat aber auch schon vor Jahren seinen Unternehmerkollegen, auf deren Angriffe hin, auseinander gesetzt, wie vorteilhaft diese Wohlfahrtseinrichtungen für einen kapitalistischen Betrieb sein können. In seinem Buch: »Fabrikantenglück« macht er folgende interessante Feststellungen: Seit der Einführung der Gewinnbeteiligung ist der Umsatz um 167 Proz., sein

Ausschreiben zur Erlangung einer Karte für die Senefelderfeier 1914.

An die deutsche Kollegenschaft.

Die Technische Zentralkommission hat von der Stuttgarter Generalversammlung neben Beobachtung der technischen Entwicklung auch die Sammlung von Drucksachen kollegialer Veranstaltungen übertragen erhalten. Um nun auch auf diesem Gebiete mit Anregungen zu dienen, fordern wir die Gesamtkollegenschaft Deutschlands zur Teilnahme an nächststehendem Ausschreiben auf.

Gewünscht wird ein Entwurf zu einer Karte für die Senefelderfeier 1914. Format: 9:14. Verwendete Farbenzahl möglichst gering. Text: Senefelderfeier 1914. Weiter ist ein genügender Raum zur Anbringung vom Namen des Ortes sowie zur Bekanntgabe des Tages der Abhaltung dieser Feier freizulassen. Die Bewertung dieses Ausschreibens bleibt der technischen Zentralkommission vorbehalten und sind deren Mitglieder von der Teilnahme ausgeschlossen.

Wertpreise gelangen nicht zur Verteilung, jedoch erfolgt eine Besprechung der eingegangenen Arbeiten in der Graphischen Presse. Weiter werden die gefertigten Entwürfe zu einer Rundsendung an die Mitgliedschaften zusammengestellt und können die Mitgliedschaften, sofern die Verfertiger der Entwürfe zum Verkauf ihrer Arbeiten geneigt sind, einen solchen Entwurf ankaufen. Die sich an dem Ausschreiben beteiligenden Kollegen sind deshalb darauf verwiesen, anzugeben, ob und zu welchem Preis sie ihre Arbeiten verkaufen wollen. Bei der Preisfestsetzung möchte man berücksichtigen, daß es sich um eine kollegiale Sache handelt. Schlußtermin der Einsendung: 25. Juni 1914.

In Erwartung einer zahlreichen Beteiligung

Technische Zentrale.

I. A.: H. Ronnger, Leipzig, Zeitler Straße 32, III, Zimmer 26.

eigener Geschäftsgewinn um 268 Proz. gestiegen, nach Abzug der Gewinnanteile der Arbeiter und Beamten. — Deutlicher noch sagte Dr. Emil Taubes (Lemberg) über die Vorteile der Gewinnbeteiligung für die — — Fabrikanten: »Der Arbeiter arbeitet schneller, sorgfältiger und sparsamer, weil er dem Unternehmen größeres Interesse entgegenbringt und auf den Erfolg seiner Arbeit bedacht ist... Das Aufsichtspersonal wird überflüssig, weil die Arbeiter sich selbst gegenseitig überwachen und zur Arbeit anspornen. Die Produktion wird eine intensivere und der erzielte Gewinn ein viel höherer.«

Also nicht die Sorge um die soziale Hebung der Arbeiterklasse hat diese »Wohlfahrtseinrichtungen« geboren, sondern nur die raffinierteste

Rücksicht auf den kapitalistischen Profit. So leicht lassen sich intelligente Arbeiter allerdings nicht täuschen. Alle sorglich ausgeklügelten Wohlfahrtseinrichtungen, alle sogenannte Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb mit Einbruch der Gewinnbeteiligung konnten nicht verhindern, daß die Arbeiter sich ihrer Organisation anschlossen. Die Zufriedenheit der Arbeiter im Betriebe war so groß, daß es schließlich zum Streik kam. Der Streik ging allerdings verloren. Und nun tritt der ehemalige Sozialreformer, der wohlthätige Arbeitgeber in neuer Pose auf den Plan. Er hat jetzt alle sozialreformerischen Phrasen über Bord geworfen und nackt steht er da, als herrschsüchtiger Kapitalist. Die Wohltätigkeitsschlafpulver haben ihre Wirkung auf die Arbeiter verfehlt, jetzt läßt er die Maske fallen. In 15 Jahren hatte er aber auch reichlich Gelegenheit gehabt, einzusehen, daß seine Sportidee mit dem konstitutionellen Fabrikbetrieb von keiner Seite ernsthaft aufgenommen wurde. Weder haben die Unternehmer ihre Feindschaft gegen jede, auch nur scheinbare Gleichberechtigung aufgegeben, noch haben die Arbeiter sich durch solche Köder von der ernsthaftesten Vertretung ihrer Rechte abhalten lassen.

Der einst gefeierte Arbeiterfreund Freese hat seinen Anhängern und Nachbetern einen argen Stoß versetzt. Die schöne Brücke, mit der einst die, von den bösen Sozialisten behaupteten Klassengegensätze überspannt werden sollten, hat sich als eine Papierbrücke erwiesen. Als eine Brücke, die durch die Klassengegensätze zertrümmert und zerrissen wurde. Der 1. Mai, über dessen Freigabe er einst mit seinen Arbeitern friedlich verhandelte, ist heute bei Freese ein Grund zur Entlassung. Er, der vor 15 Jahren noch betont hatte, daß er es für selbstverständlich halte, wenn seine Arbeiter sich starken gewerkschaftlichen Organisationen anschließen, er fordert heute, daß jeder Arbeiter anzugeben hat ob und welchem Verbands er angehört. Wer aber einer sozialdemokratischen Gewerkschaft angehört, wird gekündigt. Damit ist das einst mit so klug klingenden Reden verlästerte monarchische Fabriksystem zum Prinzip geworden. Ich will! und du hast! zu gehorchen!

Aber der kluge Freese denkt in seinem furchtbaren Grimm sicher nicht daran, wie er damit all das bestätigt, was die von ihm jetzt so ehrlich gehaßten Sozialisten in Wort und Schrift stets behaupteten. Nicht der Geist vermag die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Formen zu schaffen unter denen wir leben. An diesem Vorhaben sind selbst Genies wie Robert Owen und andere gescheitert. Der Erfolg unserer Bemühungen wird durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Und die wirtschaftliche Entwicklung hat jene Klassengegensätze geschaffen, die durch keine sogenannten Wohltaten weggebracht werden können. Der Traum, durch Arbeiterausschüsse, Gewinnbeteiligungen und andere Wohlfahrtseinrichtungen die Arbeiterbewegung aufzuhalten, ist zerronnen. Die Klassengegensätze, die ein

Freese einst zu überbrücken hoffte, haben ihn selbst in ihren Bann gezogen.

Und nun darf er sich froh der neugewonnenen Freundschaft freuen die die großen Unternehmerorganisationen ihm entgegenbringen. Nun führt ihn sogar die »Deutsche Arbeitgeber-Zeitung« als Kronzeugen an. Nun darf Freese, der einst so lärmvoll für praktische Sozialpolitik eintrat, den Chor derjenigen verstärken helfen, die nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter sich helsen schreien.

Auch unsere Schutzverbandszeitung, »Deutsches Stein- und Druckgewerbe« bekräftigt ihre Freude über den wiedergefundenen verlorenen Sohn. In einem Artikel: »Theoretische und praktische Sozialpolitik«, dessen Inhalt fast ausschließlich aus der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung entnommen ist, beschäftigt sie sich mit der Tagung der »Gesellschaft für soziale Reform«, besonders aber mit dem Referat, das Prof. Keßler auf dieser Tagung über das Koalitionsrecht machte. Diese Ausführungen, die wir zum großen Teil unterschreiben konnten, sind unserem Schutzverbandsorgan stark auf die Nerven gefallen. Und zu all dem, was die »Deutsche Arbeitgeberzeitung« zu sagen hat, fügt unser Schutzverbandsorgan noch einiges hinzu.

»Vielleicht entschließt sich Herr Prof. Keßler tatsächlich, von seinem erhabenen Katheder einmal herunterzusteigen in die Praxis, in die Arena des sozialen Kampfes. Da kann er die soviel gerühmte »Kulturarbeit ersten Ranges« der Gewerkschaften am eigenen Leibe erfahren. Vielleicht erlebt Herr Professor Keßler dann einmal einen Streik, vielleicht fühlt er dann am eigenen Leibe, was die Gewerkschaftstaktik zu bedeuten hat. Gar mancher Arbeitgeber, der geglaubt hat, durch weitgehendes Entgegenkommen die Zufriedenheit seiner Arbeiter zu erringen, hat erleben müssen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften alle noch so gut gemeinten Pläne durchkreuzen und daß es den Gewerkschaftsführern noch immer gelungen ist, das gemeinsame Band zwischen Arbeitgeber und Arbeitern zu zerreißen.«

Solche Reden muß ja auch ausgerechnet unser Schutzverband führen. Das ist geradezu die Höhe der — sachlichen Diskussion. Die Gewerkschaften zerreißen das gemeinsame Band zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer? Was es etwa auch die Schuld der Gewerkschaften als 1910 nach München zweimal der totkranke Dr. Gerschel von Berlin geschickt wurde, um nur ja zu verhindern, daß etwa eine Einigung zwischen Unternehmern und Arbeitern zustande kam? Wir meinen, jener Satz müßte wohl heißen: »Gar mancher Arbeitgeber, der geglaubt hat durch weitgehendes Entgegenkommen die Zufriedenheit seiner Arbeiter zu erringen, hat erleben müssen, daß es dem Schutzverband noch rechtzeitig gelungen ist, dieses Entgegenkommen zu hintertreiben.« — Das wäre zwar nicht im Sinne der »Deutschen Arbeitgeberzeitung« aber es wäre ehrlich. Wer lehnt denn beharrlich jeden Tarifvertrag, der sicher den Frieden im Gewerbe bringen würde, ab? Der Schutzverband! Warum ist es denn derselben Gewerkschaft möglich, bei den Chemigraphen, Lichtdruckern, Formstechern den Frieden im Gewerbe zu erhalten? Warum sind dort Tarife möglich? Weil jene Unternehmer nicht im Schutzverband sind! Wer lieber das ganze Gewerbe an den Rand des Ruins bringt als der Arbeiterschaft winzige Rechte zugestehen, der hat kein Recht über die Streitsucht der Gewerkschaften zu heulen. Wie wenig auf jener Seite an Friedensliebe gedacht wird, das beweist ja die Leipziger Tagung des Schutzverbandes. Wer sich über das Thema: »Streikversicherung« einen Dr. Tänzer, Syndikus der Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung, zum Berater holt, wer sich den rückständigsten und borniertesten Arbeiterfeinden an den Hals wirft, der sollte uns mit seiner weinerlichen Heuchelei verschonen und wenigstens den Mut zum offenen Bekenntnis der eigenen Überzeugung haben.

Rundschau.

Unvergänglichkeit. Wenn sich im Frühling die milden Sonnenstrahlen auf die Erde ergießen, dann erwachen all die Blümlein und Gräser da draußen aus der Winternacht. Trübe auf Trübe setzt sich an und bald herrscht wieder jene Blumenpracht, wie sie das Menschenherz im vorigen Lenze erfreute. So geht es Jahr für Jahr. Immer wieder sendet der goldene Sonnenball seine Strahlen herab, doch sind die Blumen nicht stets die gleichen, die das Sonnenlicht empfangen. Sie ändern sich, wenn auch unmerklich. Nicht spurlos hat der Sonne mildes Licht auf sie geschienen. Jeder Strahl hat dazu beigetragen, im Bau der Pflanze Veränderungen hervorzurufen. Nicht nur zum augenblicklichen Leben hat die Sonne ihr Licht gegeben. Sie hat durch Zersetzung auch immer wieder zu einem neuen inneren Aufbau mitgewirkt. Wir vermögen das nur theoretisch festzustellen. Erst der Mensch der Zukunft wird die Veränderungen erkennen können, so wie wir erst an uns und unserer Umwelt zu sehen vermögen, wie die Sonne auf die Welt verändernd gewirkt hat, die vor Jahrtausenden gelebt. Auch wir suchen im Leben gleich den Strahlen der Sonne in unsere Mitmenschen einzudringen und ihnen einzugeben, was wir an Gemüt und Geist in uns bergen, und auch hierbei sehen wir oft die Wirkung nicht. Doch ist auch hier die Kraft, mit der wir auf die anderen einwirken, nicht verloren gegangen. Nach Jahren zeigt sie oft erst ihre Wirkung. Ein Sonnenstrahl genügt auch nicht zur weiteren Entwicklung alles Seins. Die Strahlen von Jahren, Jahrhunderten und Jahrtausenden sind oft erforderlich. So müssen auch manche Menschen ein warmes Herz oft Jahre lang fühlen, bis die Herzenswärme auf sie gewirkt hat und sie zu guten und edlen Menschen werden, so müssen auch manche Menschen oft Jahre lang Worte der Aufklärung hören, bis sie das werden, was mit den Aufklärungsversuchen erstrebt wurde: innerlich unabhängig und frei. Bei vielen haben Gemüt und Geist ihre Wirkung schon bald erzielt; sie hat das Leben vergangener Jahre bereits reif dafür gemacht. Und wenn wir bei jenen anderen auch den augenblicklichen Erfolg nicht sehen, so bleibt er doch keineswegs gänzlich aus. Wir haben dazu beigetragen, sie reifer zu machen, bis die Arbeit derer, die nach uns kommen, endgültigen Erfolg bringt, wenn auch vielleicht nicht bei ihnen selbst, so doch bei ihren Kindern, die ihre innerliche Reife erben. Wie das Licht der Sonne, so muß auch das Licht der Aufklärung und Liebe immer und immer wieder leuchten, wenn unsere Agitationsarbeit umfassenden Erfolg haben soll. Und der ist dann auch unaussprechlich.

Der Arbeitsmarkt im April 1914. Nach den Berichten des Reichsarbeitsblattes zeigt die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Berichtsmonat eine weitere leichte Besserung. Während aber das »Reichsarbeitsblatt« diese Besserung im wesentlichen auf einige Saisonsongewebe zurückführt, sieht »Der Arbeitsnachweis in Deutschland« die Wirtschaftslage rosig an. Er schreibt: »An der fortschreitenden Erholung des deutschen Arbeitsmarktes kann nach den Berichten der Arbeitsnachweise in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres kein Zweifel mehr bestehen. Im Monat April ging der Andrang zum ersten Male unter das Niveau des Vorjahres über.« Nach dem »Reichsarbeitsblatt« hatten die über den Beschäftigungsgrad berichtenden Krankenkassen vom 1. April bis 1. Mai für die in Arbeit stehenden Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 839 466 Mitglieder oder 3,70 v. H. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise kamen im April auf 100 offene Stellen 161 Arbeitssuchende gegen 173 im Vormonat.

Die Lebensmittelpreise im Monat April. Der Monat April des laufenden Jahres hat im Anschluß an die Abwärtsbewegung in den letztervergangenen Monaten wieder eine mäßige Senkung der durchschnittlichen Kosten des Nahrungsmittel-aufwandes gebracht. Nach den Berichten aus 193 Orten des deutschen Reiches errechnete sich für den Berichtsmonat eine Durchschnittsziffer von 24,96 Mk., während sich im Vormonat diese Ziffer auf 25,98 Mk. stellte. Die Abwärtsbewegung ist vorwiegend auf eine leichte Ermäßigung der Fleischpreise, und zwar in erster Linie für Schweinefleisch zurückzuführen.

Die Buchgewerbe-Ausstellung Leipzig ist jetzt endlich fertig zu nennen. Wenn unsere auswärtigen Kollegen zum Besuch nach Leipzig kommen, werden sie keine Gerüste und ähnliches Baumaterial mehr sehen. Ende Mai sind der Italienische und der russische Staatspavillon eröffnet worden. Fertiggestellt ist auch die Gruppe »Fachpresse«. Es erschließen gegenwärtig in Deutschland 5630 Fachzeitschriften, die Zahl der Fachzeitschriften deutscher Sprache, also einschließlich derjenigen Österreichs und der Schweiz betragen rund 7000. Im Tempel der Fachpresse ist ein sogenannter Entwicklungszug gegeben, eingeteilt in 11 Gruppen der Wissenschaft und des Gewerbes, und sich erstreckend auf rund 100 Jahre. Jede Zeitschrift ist durch ein Zeltchen im Gründungsjahre vertreten. Die erste heute noch erscheinende Zeitschrift sind die im Jahre 1739 gegründeten »Göttinger Gelehrte Anzeigen«. Die Steigerung der Zahl der Fachblätter von nur 31 im Jahre 1830 zu 528 im Jahre 1870, zu über 5000 im Jahre 1914 überholt die Bevölkerungszunahme um mehr als das zehnfache.

Ein neues Werk Klingers auf der Bugra. Max Klinger hat ein neues monumentales Werk geschaffen, das zu den reifsten Äußerungen seiner Kunst gehört, und wieder handelt es sich, wie bei seinem Beethoven, um das Porträt eines der Größten im Reiche der Geister. Es ist eine Kolossal-Büste Nietzsches, die er soeben im Auftrage von Alfred Kröner, Leipzig, dem Verleger von Nietzsches Werken, aus schneeweißem Marmor vollendet hat. Der Meister hat von jeglichem Beiwerk abgesehen, er hat sein ganzes künstlerisches Willen auf die Wiedergabe des Ausdrucks konzentriert. Die Büste ist auf der Bugra im Ausstellungsraum von Krönners Verlag, Abteilung Buchhandel, ausgestellt. Beim Eintritt in den Raum steht man wie gebannt vor dem gewaltigen Marmorblock. An den Wänden die Regale mit den unsterblichen Werken des Dichter-Philosophen, uns gegenüber das von Klingers Meisterhand verewigte Bildnis ihres Schöpfers, aus dessen tiefen Augenhöhlen man die Blitze des Zarathustra hervorleuchten zu sehen glaubt. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß wir hier eines der größten künstlerischen Erlebnisse der Bugra vor uns haben.

Plan einer Arbeitslosenversicherungskasse in Breslau. Die Stadtverordnetenversammlung in Breslau bewilligte 3000 Mk. für die Vorarbeiten zur Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Dieselbe soll gegen noch zu bestimmende Beiträge und unter im einzelnen festzustellenden Bedingungen Arbeitnehmer als versicherte und Arbeitnehmerverbände als rückversicherte Mitglieder aufnehmen können. Die Stadt Breslau wird noch zu bestimmende Zuschüsse gewähren.

»Fünfzig Jahre deutscher Zeldenkunst.« Die allgemeine deutsche Kunstgenossenschaft in Berlin, deren Vorsitzender Professor Manzel ist, plant unter dem Titel »Fünfzig Jahre deutscher Zeldenkunst« eine Ausstellung, durch die die Entwicklung der Zeldenkunst während dieser Zeit an der Hand von Arbeiten der bedeutendsten Künstler zum Ausdruck gebracht werden soll. Bereits im vorigen Herbst wollte man eine solche Ausstellung eröffnen, ihr Zustandekommen schaltete aber aus verschiedenen Gründen. Die Ausstellung soll in den Monaten Oktober und November d. Js. stattfinden und wird höchstwahrscheinlich in den Sälen der Hochschule für die bildenden Künste in der Hardenbergstraße untergebracht werden. Nach Berlin will man die Ausstellung auch in anderen großen Städten, wie z. B. München und Stuttgart, zeigen.

Christliche Nächstenliebe. Über die heftigen Streitigkeiten der beiden christlichen Richtungen Köln und Berlin haben wir schon öfter berichtet müssen. Daß auch die christliche Religion kein Schutz gegen Rohheit ist, beweist das »Katholische Deutschland« mit der Wiedergabe folgenden »Gedichtes«, das als Kriegserklärung in den Kreisen der Köliner Richtung vorgelesen wurde. Um die Wirkung dieser Poesie nicht zu stören, enthalten wir uns jeder Bemerkung.

»Den Integral-Katholiken ins Stammbuch!

Ihr könnt das Hetzen nicht lassen,
Fürwahr, es ist kaum zu fassen;
Wollt ihr denn so weiter hetzen,
Bis wir uns zerfleischen, zerfetzen?
Ich glaub, ich behaupt' nicht zu viel,
Wenn ich sag', dies ist Euer Ziel;
Doch Eins, ihr Burschen, will ich auch Euch sagen:
Euch Schurken geht es zuerst an den Kragen:
Wir schlagen Euch kurz und klein
Das krumme, morsche Gebel:
Und oben auf langen Stangen
Da sollen Eure Häupter dann prangen;
Wie es dem Lumpengesindel gebührt,
Das stets den Haß nur geschürt.
Die Welt, sie wird erst genesen,
Wenn Euere stinkenden Leiber verwesen!

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft in Hamburg, gibt jedermann Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500 Mark abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gesetzt. Auch kann der Versicherte zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500 Mark eine Sparversicherung nehmen und durch fortgesetzte Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. — Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingezahlt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird nur mit 4 Prozent verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder ausgeschlossen; der gesamte Überschuß nur den Versicherten! Versicherungsgebiet: Das Deutsche Reich. An allen größeren Orten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbmonatliche Prämienzahlung von 30 Pf. an. Günstige Versicherungsbedingungen. Kein Verfall von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlung der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienfreie Versicherung. Rückkaufsmöglichkeit. Sofort Gewinnbeteiligung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Prämienzahlung. Die Versicherung wird mit den angesammelten und um 3/4 Proz. Zinsezins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahr ausgezahlt. Vom 65. Lebens-

jahr ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch um jährlich 3 1/2 Proz. Zinsezins. Tarif II: Versicherung auf den Todes- und Erbensfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Prämienzahlung bis zum Ablauf der Versicherung. Tarif III: Versicherung auf den Todes- und Erbensfall mit zehnjähriger Prämienzahlung. Tarif IV: Kinderversicherung, verbunden mit Konfirmations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Volkerversicherung mit zwangloser Prämienzahlung). Tarif Va: Risikoversicherung mit fallender Versicherungsprämie (nur in Verbindung mit Tarif V zulässig) Tarif Vb: Kindersparversicherung mit zwangloser Prämienzahlung. — Auskunft bereitwilligst bei allen Rechnungsstellen, Vertrauensleuten der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Konsumvereine. Dasselbst auch Prospekte.

Bleivergiftung durch die Wasserleitung. Anfang dieses Jahres hielt Professor Schwenkebecher, wie wir der »Kommunalen Praxis« entnehmen, im Frankfurter ärztlichen Verein einen Vortrag über Bleivergiftung durch die Wasserleitung. Im städtischen Krankenhaus zu Frankfurt a. M. wurde Ende April 1913 eine Frau aus einem Taunusdorf aufgenommen, die an heftigen Lebschmerzen, Erbrechen und Verstopfung litt. Die Beschwerden bestanden schon seit dem Jahre 1912. Seit Beginn des Jahres war eine zunehmende Lähmung beider Arme bemerkbar. Die Untersuchung stellte eine chronische Bleivergiftung sicher. Die Frau hatte etwas Schwächegefühl in den Muskeln, Bleisaum, sonst aber keine Beschwerden. Die Patientin wohnte auf einem vom Dorf etwas abgelegenen Gehöft und gab an, daß auf diesem noch einige Personen ähnlich erkrankt seien. Man mußte daher mit großer Wahrscheinlichkeit die Wasserleitung als Ursache annehmen. Die Ortsbesichtigung und die Prüfung des Wassers in Gemenshaft mit dem hygienischen Institut bestätigte die Ansicht. Das Gehöft war durch ein sehr langes Bleirohr mit der Wasserleitung verbunden. Die Untersuchung der Bewohner ergab, daß sie mit nur wenig Ausnahme in stärkerem oder geringerem Maße bleifrank waren. Im Dorfe selbst wurden die Insassen von zwei Häusern untersucht und bei zwanzig Personen zwölf mit sicheren Symptomen von chronischer Bleivergiftung gefunden, sechs waren verdächtig, acht ohne Vergiftungsercheinungen. In der Schwere der Erkrankungen zeigten sich oft große Differenzen, die meist durch den größeren oder geringeren Genuß von Wasser bedingt sind oder auch je nachdem das genossene Wasser längere oder kürzere Zeit im Rohre gestanden hatte. Am gefährlichsten erwies sich auch das Wasser, das zuerst morgens aus dem Hahn entnommen wurde, nachdem es die Nacht über im Rohre gestanden hatte. Die Kinder blieben mehr verschont als die Erwachsenen, da sie weniger Wasser zu sich nahmen.

Generalversammlungen und Kongresse.
Verbandstag der Gastwirtsgehilfen. Vom 8. bis 12. Mal hielt in Hamburg der Verband der Gastwirtsgehilfen seinen 8. Verbandstag ab. In der zweijährigen Berichtsperiode stieg der Mitgliederbestand von 13918 auf 16025. Über die Erfolge der Lohnbewegungen wird berichtet, daß für 6298 Personen eine Lohnerhöhung von 21571 Mk. pro Woche durchgesetzt wurde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte von 685 Personen erreicht werden, und zwar von insgesamt 8738 Stunden pro Woche. Das Verbandvermögen stieg von 172000 auf 273000 Mk. Der Verbandstag beschäftigte sich mit folgenden Punkten: Koalitionsrecht, Arbeitsnachweise, Arbeiterschutz, Gewerbeordnungs-Novelle und christliche Gewerkschaften. Nach Entgegennahme des Berichts über das internationale Sekretariat wurde beschlossen, noch in diesem Jahre eine internationale Konferenz einzuberufen. Zum Schluß nahm der Verbandstag noch eine Erklärung an, die besagt: »Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen.«

Verbandstag der Lederarbeiter. Der Zentralverband der Lederarbeiter hielt vom 10. bis 16. Mal seine Generalversammlung in Berlin ab. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg innerhalb der letzten drei Jahre von 14859 auf 16481. Das Verbandvermögen vermehrte sich in derselben Zeit von 128731 auf 133071 Mk. Die Erfolge der in den letzten drei Jahren stattgefundenen Lohnbewegungen waren für 5921 Personen Verkürzungen der Arbeitszeit von durchschnittlich fast 2 Stunden wöchentlich und Lohnerhöhungen für 13357 Personen von durchschnittlich 1,44 Mk. pro Kopf und Woche. Im Tarifverhältnis stehen in der Weißgerberlei 74 Proz., in der Handschuhindustrie 67 Proz. und in der Leder- und Chromgerberlei 6 Proz. der Arbeiter. Der Verbandstag beschloß verschiedene Statutenänderungen, die meistens innere Verwaltungsangelegenheiten betreffen. Ferner stimmte er einmütig der Errichtung eines internationalen Sekretariats zu. Eine Verschmelzungsresolution, die verlangte, daß der Vorstand mit anderen in Frage kommenden Verbänden eine Besprechung über die Stellungnahme zur Verschmelzungsfrage herbeiführen soll, wurde mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der fünfte Verbandstag des Zentralverbandes der Asphaltreue und Pappdeckel Deutschlands fand in München vom 11. bis 13. April 1914 statt. Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes zeigt eine erfreuliche Entwicklung der Organisation.

Die Mitgliederzahl ist trotz der Krise nicht zurückgegangen. Das Vermögen beträgt pro Kopf 20,77 Mark. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Erweiterung der Erwerbslosenunterstützung ein. Hierzu lagen eine große Anzahl von Anträgen vor. Nach langer Debatte wurde jede Änderung der Karenzzeit abgelehnt und darauf mit 14 gegen 4 Stimmen der Vorschlag des Hauptvorstandes angenommen. Danach wird die Erwerbslosenunterstützung in folgender Weise gewährt:

Nach 1 Jahr u. 52 Wochenbeitr. 21 Tage	31,10	Mk. = 21,-	Mk.
„ 3 „ „ 156 „ „ 28 „ „ 31,10	„	„ = 29,-	„
„ 5 „ „ 260 „ „ 36 „ „ 31,10	„	„ = 39,60	„
„ 7 „ „ 364 „ „ 40 „ „ 31,10	„	„ = 48,-	„

Dann folgte ein Referat über: »Unsere Streiks und Lohnbewegungen.« Darauf erfolgten die Wahlen des Verbandsvorstandes. Vorsitzender, Kassierer und Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt. Am letzten Verhandlungstage nahm der Verbandstag ein Referat über »Der Arbeiterschutz im Asphaltgewerbe« entgegen. An der Hand einer Enquete, die der Verbandsvorstand im Herbst 1913 veranstaltet hat, entrollte der Referent geradezu skandalöse Zustände, die auf den Arbeitsstellen herrschen. Hierauf erfolgte das Referat über »Das Koalitionsrecht und die Gewerkschaften«. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der nächste Verbandstag findet 1916 statt.

Aus dem Auslande.
Italien. Der soeben in Mantua stattgefundene italienische Gewerkschaftskongreß beschäftigte sich in mehrtägigen Debatten mit der Frage der Taktik. Mit 188 000 gegen 60 000 Stimmen fand eine Resolution Annahme, die die bisherige Haltung der Leitung des Gewerkschaftsbundes gutheißt und die Notwendigkeit des Handlungsgehens der sonst getrennten Organisationen der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei befürwortet. Dem Kongreß wohnten 200 Delegierte bei, die 327 000 angeschlossene Mitglieder vertraten.

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

a) Die Krankenversicherung.

Das Berichtsjahr 1912 hat der deutschen Arbeiterversicherung eine Reihe von Änderungen gebracht, die die Vergleichbarkeit ihrer statistischen Ergebnisse mit denen früherer Jahre schon wesentlich beeinflussen. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung sind die eingeschriebenen Hilfskassen und die Landesrechtlichen Hilfskassen ausgeschieden, da sie fortan, soweit sie nicht aufgelöst und ihre Mitglieder den Zwangskassen zugeführt sind, als kleine Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit der Privatversicherung gezählt werden.

Durch diesen Ausfall der Hilfskassen aus der Statistik hat sich die Gesamtzahl der Kassen stark vermindert. Während 1911 23 109 Kassen gezählt wurden, bestanden 1912 nur 21 659, ihre Zahl ging also um 1450 zurück. Davon kommen 1356 auf die früheren Hilfskassen und der Rest verteilt sich auf die Gemeinde-, Orts-, Betriebs- und Baukrankenkassen. Der Rückgang derselben wurde veranlaßt durch Zusammenlegung kleinerer Kassen zu größeren Gebilden. Nur die leistungsunfähigen Innungskassen blieben von dieser zeitgemäßen Konzentrations-tendenz verschont. Ein Zeichen für den reaktionären Zug, der die Reorganisation der Krankenversicherung beherrscht.

Der Rückgang der Kassen ist nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Kassenmitglieder geblieben; diese ist um 401 343, von 13 619 048 auf 13 217 707 gesunken. Auch hier trägt den Hauptteil der Schuld an dem Verlust das Ausschneiden der Hilfskassen, die allein 987 266 Mitglieder zählten und von denen sicherlich nicht alle den Zwangskassen zugeführt werden konnten. Von den einzelnen Kassenarten haben nur die Baukrankenkassen eine Verminderung der Mitgliederzahl erfahren (von 17056 auf 13103), während die übrigen, infolge der Überführung eines Teils der Hilfskassenmitglieder, einigen Zuwachs erlitten, so die Gemeindeversicherung 24 907, die Ortskrankenkassen 340 128, die Betriebskrankenkassen 272 750 und die Innungskrankenkassen 25 091. Die Zusammenlegung der Kassen hat eine geringe Erhöhung der durchschnittlichen Mitgliederziffer von 589 auf 610 im allgemeinen bewirkt. Bei den Ortskrankenkassen stieg diese Durchschnittsziffer von 1520 auf 1602 und bei den Betriebskrankenkassen von 428 auf 455. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist fortgesetzt im Wachsen begriffen. Auf je 100 männliche Mitglieder kommen bei allen Kassenarten im Jahre 1911: 39,2, 1912 dagegen 42,7 weibliche Mitglieder.

Betrachtet man die Krankenkassen nach ihren Leistungen, so macht sich durch die Ausscheidung der Hilfskassen ein erheblicher Rückgang der satzungsgemäßen Unterstützungsdauer bemerkbar. Die Zahl der Kassen, die länger als 26 Wochen Krankenunterstützung gewähren, ist von 760 (1911) auf 642 (1912) zurückgegangen. Bei den Ortskrankenkassen stieg ihre Zahl von 123 auf 132, bei den Innungskassen blieb die Zahl die gleiche (14), bei den Betriebskrankenkassen sank sie von 501 auf 496, während die Gemeindeversicherung und die Baukrankenkassen nicht länger als 26 Wochen unterstützen. Zur Erhöhung der Kassenleistungen hat also die Neuordnung wenig beigetragen.

Etwas besser gestaltet sich die Entwicklung hinsichtlich der Krankengeldhöhe, da im Jahre 1911 12,5 Prozent aller Kassen mehr als 50 Proz. des Lohnes als Krankenunterstützung gewährten, 1912 dagegen dieser Anteil auf 12,8 Proz. stieg. Bei den Betriebskrankenkassen stieg dieser Anteil auf 21,4 Prozent, bei der Gemeindeversicherung ging er auf 0,2 Proz. zurück.

Analog dem Rückgang der Mitgliederziffern hat sich auch eine Verminderung der Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle eingestellt, die von 5772 388 auf 5 633 956, also um rund 138 432 gesunken ist. Daß es sich nicht um eine wirkliche Verminderung der Erkrankungsgefahr handelt, beweisen die Verhältnisziffern, denn auf 100 Mitglieder entfielen 1911 42,4, 1912 42,6 Erkrankungsfälle und 845 bzw. 849 Krankheitstage. Die Gesamtzahl der Krankheitstage beträgt 112 249 064 (1911 115 128 905).

Erheblich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Sterbefälle (1914 88 827, 1912 82 894), und zwar ist hier der Rückgang auch ein relativer, da auf je 100 Mitglieder 1911 0,75, 1912 nur noch 0,72 Sterbefälle entfielen. Hierbei sind indes die Sterbefälle in der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese seither keine Sterbeunterstützung gewährte.

Die Durchschnittsdauer eines Erkrankungsfalles mit Erwerbsunfähigkeit hat sich wenig geändert; sie betrug wie im Vorjahre 19,9 Tage. Bei den männlichen Mitgliedern sank der Durchschnitt von 18,7 auf 18,6 Tage, bei den weiblichen blieb er auf 23,7 Tage stehen.

Trotz des absoluten Rückganges der Erkrankungsfälle und Krankheitstage sind die Gesamtausgaben der Krankenkassen von 469 087 205 Mark auf 481 392 169 Mk. oder von 34,44 auf 36,42 Mk. pro Mitglied gestiegen. Die Steigerung ist in der Hauptsache durch die wachsenden Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel und Hellanstaltskosten verursacht, die um 5,6 Millionen Mk. stiegen, während die Ausgaben für Krankengeld sogar um 2,2 Millionen Mk. zurückgingen. So stiegen die Kosten der ärztlichen Behandlung von 83 754 224 Mk. auf 85 633 295 Mk. oder von 6,15 Mk. auf 6,48 Mk. pro Kopf der Mitglieder, die Ausgaben für Arznei und Heilmittel von 53 171 234 Mk. auf 54 706 040 Mk. oder von 3,90 Mk. auf 4,14 Mk. pro Mitglied und die Ausgaben für Hellanstaltsverpflegung von 51 357 861 Mk. auf 53 553 500 Mk. oder von 3,77 Mk. auf 4,05 Mk. pro Mitglied. Für diese Heilbehandlung mußten die Krankenkassen pro Mitglied 0,87 Mk. mehr aufwenden als im Vorjahre. Für Krankengeld wurden dagegen 150 398 441 Mk. (11,38 Mk. pro Mitglied) gegen 153 582 976 Mk. im Jahre 1911 verausgabt. Seit dem Jahre 1885 sind die Ausgaben für Arzt und Arzeneien, Hellanstalts- und Rekonvaleszentenpflege von 4,77 Mk. auf 14,70 Mk. oder um 208 Proz., die Ausgaben für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbeunterstützung von 6,22 Mk. auf 12,53 Mk. oder um 101 Proz. gestiegen. Die Ärzte und Apotheker sind also bei dieser Entwicklung der Arbeiterversicherung wirklich nicht zu kurz gekommen, denn schon übersteigen die Ausgaben für Heilbehandlung diejenigen für Kranken-, Wöchnerinnen- und Sterbegeld ganz erheblich, und bald werden die Krankenkassen in der Sorge für Ärzte und Apotheker so völlig aufgehen, daß für das wirtschaftliche Existenzminimum der Kranken keine ausreichenden Mittel mehr verfügbar bleiben. Dann wird man mit größerem Nachdruck darauf hinweisen müssen, daß die Krankenversicherung doch auch eigentlich der erkrankten Mitglieder wegen geschaffen worden ist. Die Ergebnisse der Knappschaftsversicherung erstrecken sich erst auf das Jahr 1911. Es bestanden 159 (im Vorjahr 166) Kassen mit 899 716 (885 598) Mitgliedern. Es wurden 535 621 Erkrankungsfälle mit Krankengeldbezug und 9 243 566 Krankengeldtagen gemeldet, so daß auf jedes Mitglied durchschnittlich 0,6 Krankheitsfälle mit 10,3 Krankengeldtagen entfielen.

Die Knappschaftskassen verausgabten für Krankheitskosten 38 028 230 Mk. (pro Kopf 42,26 Mark), wovon 5 375 685 Mk. für ärztliche Behandlung und 4 356 061 Mk. für Heilmittel (zusammen 10,81 Mk. für Heilbehandlung pro Mitglied) und 18 315 109 Mk. für Krankengelder (pro Mitglied 20,36 Mk.) daraufgingen.

Die Einnahmen der Knappschaftskassen beliefen sich auf 43,1 Millionen Mark, die Gesamtausgaben auf 40,0 Millionen Mark, die Vermögensbestände auf 25,26 Millionen Mark.

Die Gesamtzahl der gegen Krankheit versicherten Personen im Deutschen Reich betrug etwa 14,1 Millionen.

Die christlichen Gewerkschaften als politische Vereine.

Eine in der Zentrumspreste kürzlich erschienene Korrespondenz der christlichen Gewerkschaften wehrt sich gegen die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die freien Gewerkschaften als politische Vereine erklärt werden müßten, da auch sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen: Die christlichen Gewerkschaften beschäftigen sich nur mit sozialpolitischen Dingen; sollten die Gewerkschaften aus diesem Grunde zu politischen Vereinen gestempelt werden, so würde

die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossenen Widerstand entgegengesetzt.

Die Abwehrstellung, in die die freien Gewerkschaften bei der jetzigen Polizeiverfolgung gedrängt werden, und die offene und verdeckte Schandenfreude, die die Christlichen darüber bekunden, treiben uns dazu, diese Behauptungen der christlichen Gewerkschaften doch einmal etwas näher auf ihre Tatsächlichkeit zu prüfen. Unseren Gewerkschaften ist übrigens schon die Beschäftigung mit sozialpolitischen Dingen als politische Tätigkeit angedehnt worden.

Alles das aber, was den freien Gewerkschaften in dieser Beziehung schon als Merkmal ihres politischen Charakters angekreidet worden ist, besitzen die christlichen Verbände in noch schärferer Ausprägung. Sie machen Eingaben an den Reichstag und an die Landtage, stellen Anträge zu Gesetzentwürfen und nehmen in Petitionen zu sozial- und berufs-politischen Fragen Stellung. Das geschieht bisher auf fast allen christlichen Gewerkschaftskongressen und Generalversammlungen.

Als Beweis des politischen Charakters der freien Gewerkschaften gelten unserer Polizei und Justiz deren internationale Vereinbarungen und Konferenzen. Auch darin machen die christlichen Gewerkschaften keine Ausnahme. Im Jahre 1908 war eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich. Giesberts hielt dort einen Vortrag über »Die Notwendigkeit, mit den Arbeitskollegen der anderen Nationen Fühlung zu nehmen, nicht bloß, um bestimmte konkrete Fragen zu regeln, wie den Verkehr in den Grenzgebieten, die Auswanderung, gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen, sondern noch mehr, um von einander zu lernen.« Seither finden diese internationalen Konferenzen regelmäßig statt. Seit dem 1. Januar 1909 haben sie ein besonderes internationales Sekretariat errichtet mit Siegerwald-Köln an der Spitze.

Nun bestreiten die christlichen Gewerkschaften ihren politischen Charakter mit dem Einwand, sie hätten mit »Politik im engeren Sinne« gar nichts zu tun. Nur das Eintreten für bestimmte politische Parteien konstruiere eine politische Betätigung. Wenn das zutrifft, dann beteiligen sich aber die christlichen Gewerkschaften sehr stark am politischen Leben. Die Partei, für die es geschieht, ist das Zentrum. Das zu leugnen, ist bei den zahlreichen vorliegenden Beweisen völlig zwecklos. Die Christlichen werden einfach von der Zentrumsparlei für sich reklamiert und fügen sich dem. Einige Beispiele:

Die »Trierische Landeszeitung« berichtet in ihrer Nummer vom 18. Oktober 1910 aus den Verhandlungen des Zentrums-Parteitages für den Regierungsbezirk Trier:

»Justizrat Trimborn erklärte vorweg, daß die Liberalen nicht auf ihre Rechnung kommen würden, wenn sie glaubten, die Anhänger der beiden gewerkschaftlichen Richtungen stießen aufeinander und führten einen Krach herbei. Das Zentrum sei nicht der Boden, auf welchem die Gewerkschaftsfrage gelöst werden könnte. Wir müßten stets festhalten, daß beide Richtungen (Kölnen und Berliner) dem Zentrum dienen wollten. Daher gehe uns der Streit in dieser Versammlung nicht an.«

In Godesberg a. Rh. hat am 29. Juni 1911 Dr. Spahn eine große politische Rede gehalten. Nach der »Germania« Nr. 147 hat der Zentrumsführer u. a. ausgeführt:

»Ich bin nicht Pessimist. Aber soll der Ausgang der Wahlen unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, dann muß in allen Wahlkreisen alles auf die Schanzen. Unsere Vereine voran: Volksvereine und christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine durch die Aufklärung in der Sozialpolitik, unsere Wahlvereine und unter Windhorstbund in der Agitation, auch in der Wahrede, neben den Vereinen in alltäglichem Ansporn unsere Presse.«

Das »Düsseldorfer Tageblatt«, eine Zentrumszeitung, wurde von freigewählten Arbeitern aus Hilden wegen Beleidigung verklagt. Das Amtsgericht wies die Privatklage zurück, ebenso wurde die Berufung dagegen vom Landgericht Düsseldorf am 17. Juni 1913 verworfen. Und zwar wegen Zuzubilligung des § 193 für den Zentrumsredakteur. Erfrischend wirkt die Unbefangenheit, mit der die Düsseldorfer Richter die enge Verbindung zwischen Zentrumsparlei und christlicher Gewerkschaft feststellen. Es heißt in dem Beschuß:

»Der fragliche Artikel ist vom christlichen Metallarbeiterverband eingekauft. Gemäß der Stellung der christlichen Gewerkschaften zur Zentrumsparlei mußte der Beschußdige als Redakteur eines Zentrumsblattes dieser Zuschrift Aufnahme gewähren... Hätten die christlichen Arbeiter nicht die Möglichkeit, ihre Interessen in den christlichen Gewerkschaften zu vertreten, so wären sie gezwungen, ihre Interessenvertretung den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften anzuvertrauen und wären damit für die Zentrumsparlei verloren. Der Beschußdige, als Redakteur eines Zentrumsblattes und als Anhänger der Zentrumsparlei, handelte daher in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als er diesen Artikel aufnahm.«

So scharf urteilen hat noch kein Gericht die Zusammengehörigkeit von sozialdemokratischer Partei und freien Gewerkschaften festgestellt, wie es hier dem Zentrum und den christlichen Gewerkschaften gegenüber geschieht.

Immerhin — werden die Christlichen sagen — auch Richter können irren. In der Praxis sind die christlichen Gewerkschaften politisch völlig neutral. Die nachstehenden Tatsachen reden jedoch eine andere Sprache.

Im Dezember 1906, bald nach der letzten Reichstagsauflösung, tagte in Düsseldorf eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer, die aus ganz Westdeutschland stark besucht war. Wie die »Kölnische Volkszeitung« meldete, »kam die Versammlung zu dem einmütigen Ergebnis, daß bei dem diesjährigen Wahlkampf alle aufgeboten werden müsse, damit auch im neuen Reichstage die Zentrumsparlei mindestens wieder die selbstberigen Plätze besetze.«

Als dies vom »Vorwärts« festgenagelt wurde, erhielt er aus christlichen Gewerkschaftskreisen in der »Köln. Volkszeitung« zur Antwort:

»Die christlichen Gewerkschaftsführer müßten ganz verschrobene Köpfe sein, wenn sie den politischen Kampf spurlos an sich vorbeiziehen ließen. Werden doch erst durch das Reichsgesetz die Vorbedingungen geschaffen, unter denen sich die Gewerkschaftsbewegung entwickeln kann.«

Das ist an sich ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wie kommen aber diese selbst »christlichen Gewerkschaftskreise« dazu, die freien Verbände wegen derselben Auffassung zu verärgern und sie zu denunzieren als politische Vereine?

In Königstele hielt am 20. Dezember 1908 der christliche Gewerksvereiner der Bergarbeiter eine Mitgliederversammlung ab, die fast ganz von der Erörterung politischer Fragen ausgefüllt wurde. In der Hauptsache drehte es sich um die verlossene Reichstagswahl, bei der der Zentrumskandidat durchgefallen war. Gewerksvereiner, die liberal gewählt hatten, wurden in der Versammlung gehörig abgerüstet, worüber sich einer dieser »Liberalen« in der »Hettinger Zeitung« bitter beklagte.

Es ist übrigens schon öfter vorgekommen, daß Gewerkschaftsrichtliche aus der Reihe tanzten und zur Abwechslung statt des Zentrums die Nationalliberalen wählten. So in Saarbrücken bei der Reichstagswahl von 1907. Dort wurden die Mitglieder des christlichen Gewerksvereins von ihrem Ortsvorstand zum Besuche der nationalliberalen Parteiversammlung am 5. Februar in den Saalbau in Saarbrücken bestellt und ihnen Fahr- und Zehrgehalt erstattet, damit nur der Oberscharfmacher Boltz in den Reichstag kam. In den zentrumsfesten Gewerksvereinskreisen machte die Sache viel böses Blut und konnte nur mit Mühe wieder eingekerkert werden.

Mit welcher Selbstverständlichkeit die Ortsvereine der christlichen Gewerkschaften als Wahlvereine fungieren, ist recht drastisch zu erkennen an der Tätigkeit der Zahlstelle Bottrop des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter. In einer Konferenz stellte sie 1907 zwei Zentrumskandidaten für die Gemeindegewahl auf. Um die evangelischen Bergarbeiter zur Stimmabgabe für die Zentrumsleute zu bewegen, wurde ihnen versprochen, daß 1909 ein evangelischer Bergmann als Zentrumskandidat aufgestellt werden sollte. Das geschah. 1909 nahm eine Funktionsanzugung des christlichen Gewerksvereins wiederum die Aufstellung der Kandidaten vor und erkör dazu einen evangelischen Bergarbeiter, der auch gewählt wurde. Vorher war er auf dem Rechtsschutzbureau des christlichen Gewerksvereins gehörig bearbeitet und auf das »Kommunalprogramm des Zentrums« verpflichtet worden. Der evangelische Zentrumsmann konnte nicht lange seines Amtes warten. Er wurde von einem katholischen Zentrumsmann — seinem Betriebsführer — gekündigt und mußte die Gemeinde verlassen!

Im Jahre 1911 reklamierte es der christliche Gewerkschafter und Knappschaftsälteste W., ein Protestant, als Vertreter des »Bürgervereins« bei der Gemeindegewahl in Bottrop zu kandidieren. Dafür wurde er in der Konferenz des christlichen Gewerksvereins, die kurze Zeit darauf in Kirchellen tagte, heftig angegriffen. Besonders der Gewerkschaftsbeamte V. machte ihm Vorwürfe darüber, daß er sich mit seiner Kandidatur gegen das Zentrum erklärt habe. Seine Berufung auf die politische Neutralität fand kein Gehör; er wurde niedergeschrien und vom Vorsitzenden L. wurde ihm erklärt, daß er das nächstmal nicht wieder als Knappschaftsältester aufgestellt werde.

Auch in Borkbed machen die christlichen Gewerkschaften die Gemeindegewahl. Noch bei der vorletzten Wahl stellte das christliche Gewerkschaftskartell in einer Sitzung die Kandidaten für die dritte Klasse auf, die dann auch vom Zentrum unterstützt wurden.

Die Bezirkskonferenz Gelsenkirchen des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter stellte zur Generalversammlung des Verbandes im Jahre 1909 folgenden niedlichen Antrag (Nr. 4 des Protokolls): »Die Generalversammlung wolle beschließen, daß der § 8 des Statuts dahin auszulegen ist, daß Mitglieder, welche bei Wahlen im ersten Wahlgange dem Sozialdemokraten ihre Stimme geben, ausgeschlossen werden können, bei notwendigen Kompromissen jedoch nicht.« Durch Zeitungsnachrichten rechtzeitig gewarnt, unterließ es die christliche Generalversammlung, den Antrag zu verhandeln. Daß nicht ein Einzelner, sondern die Vertreterkonferenz des großen Bezirks einen solchen Antrag stellen konnte, läßt immerhin Schlüsse zu auf die Geptlogenheiten dieser christlichen Gewerkschaft.

Die Vorgänge bei der Reichstagswahl von 1912 sind noch in frischer Erinnerung. Wenn bis dahin

ein Zweifel möglich war an dem politischen Charakter der christlichen Gewerkschaften, so wurde er gründlich zerstört. Sie waren die eigentlichen Wahlmacher — Ihnen hat das Zentrum eine große Anzahl Mandate zu verdanken. Ja, noch mehr: Die politische Betätigung sitzt den Christlichen so tief im Blute, daß sie sogar, entgegen ihrer Neigung, den Nationalliberalen Mandate zuschickten. Ohne die fleißige Wahrhaftigkeit der christlichen Gewerkschaften wären z. B. die Wahlkreise Bodum und Duisburg von den Nationalliberalen nicht geholt worden. Im westdeutschen Industriebezirk hätten die Zedenliberalen bei Stichwahlen zwischen ihnen und den sozialdemokratischen Kandidaten überhaupt nichts zu tun brauchen — so energisch trat der Wahlapparat der christlichen Gewerkschaften für sie ein.

Diese Stellungnahme der Christlichen entsprang keinem augenblicklichen Impulse, sondern war lange vorher im Schoße der Zentrumsparlei festgelegt worden. Dort sitzen die Manager, die die christlichen Querköpfe am Schürchen halten und nach den diplomatischen Intentionen der Zentrumsparlei handeln lassen. Ein Gewerkschaftsführer hatte es schon ein ganzes Jahr vor der Wahl ausgeplaudert. Der Beamte des christlichen Gewerksvereins, der Bergarbeiter Hüskes, sagte schon am 15. Januar 1911 in einer Versammlung in Herne: »Wenn die nationalliberale Partei im Wahlkreise Bodum-Gelsenkirchen einen annehmbaren Kandidaten aufstelle und dieser mit Otto Hue in die Stichwahl komme, dann seien für Otto Hue die schönen Tage Aranjuez vorbei.«

Der Zentrumsparlei ging soviel Redlichkeit wider den Strich. Denn die Nationalliberalen verstanden Hüskes Wink und stellten einen christlich-organisierten Bergmann auf. Um nun zu verhindern, daß etwa die christlichen Arbeiterstimmen schon im ersten Wahlgange den Nationalliberalen zufließen, schrieb die »Gelsenkirchner Zeitung«: »Jedenfalls muß es aber entschieden zurückgewiesen werden, wenn man liberalerwärts die christlichen Gewerkschaften wahlpolitisch zu beeinflussen sucht. Wir weisen darauf hin, um der nationalliberalen Partei zu zeigen, daß sie, falls mit ihrer Arbeiterkandidatur ein Glimpfang in freunden politischen Jagdgründen beabsichtigt sein sollte, sie sich damit in einem großen Irrtum befindet.«

»Fremde politische Jagdgründe« sind die christlichen Gewerkschaften für jede andere Partei — diese Jagdgründe hat das Zentrum in Erbpacht, daß es 1912 dennoch die liberalen Jagdgäste in seine Jagdgründe hineinließ, verschuldete die Angst vor dem roten Jäger.

Solche Dinge können den Wächtern der Gesetze nicht verborgen bleiben. Wie kommt es aber, daß von den Behörden noch nichts gegen die politischen christlichen Gewerkschaften unternommen wurde, während man jahrelang die Zeitungen, Flugblätter und Protokolle von freien Gewerkschaften durstlöberte, um sie politischer Betätigung bezichtigten zu können. Die Antwort darauf gibt nachstehendes:

In Flensburg fand am 13. August 1911 ein Katholikentag für Schleswig-Holstein statt. Ein Angestellter des katholischen Volksvereins — Dr. Sonnenschein aus M.-Gladbach — hielt einen Vortrag über den Klerikalismus und kam dabei auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Der M.-Gladbacher Akademiker sagte wörtlich: »Der Kern und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist durchaus konservativ. Wie die Sache augenblicklich liegt, kann ich ihnen versichern, daß die bedeutendsten konservativen Führer und unsere bedeutendsten Staatsmänner — ich will keine Namen nennen — eingesehen haben, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die christlichen Gewerkschaften hochzuhalten, koste es, was es wolle, um die sozialdemokratische Hochflut zurückzuhalten.«

Dr. Sonnenschein hat damit jedenfalls die Wahrheit gesagt, denn es sind seither den christlichen Gewerkschaften von konservativen Führern und von Staatsmännern öfters Komplimente gemacht worden, für ihre »konservative« Haltung bei Wahlen und bei Streiks. So hatte im Januar 1912 der Rektor Tegeer in Herne dem Reichskanzler telegraphisch den Sieg der nationalliberalen Partei gemeldet. Der Reichskanzler antwortete: »Verblüffendsten Dank für die Meldung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterschaft und des hingebenden Wirkens ihrer Führer. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg.«

Hier bestätigt der Kanzler das, was an anderer Stelle über die politische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften beim Wahlkampf 1912 gesagt ist. Es sind nur die christlichen Gewerkschafter mit der »christlich-nationalen Arbeiterschaft« gemeint, denn die anderen, die »wilden« Christen, haben keine Führer, die hingebend wirken könnten.

Damit wollen wir für heute die »politisch neutralen« christlichen Gewerkschaften verlassen. Wir fragen durchaus kein Verlangen danach, daß sie von den Behörden für politisch erklärt werden. Es heißt den herrschenden Gewalten zuviel Selbstverleugnung zumuten, wenn sie mit ihren Wahlhelfern und Streikbrechern so unglimpflich verfahren sollten, wie mit den freien Arbeitern. Unseretwegen sollten die Christlichen ruhig bleiben, was sie sind. Aber zeigen wollten wir mit vorstehendem, wie es im Rechtsstaate eben nicht dasselbe ist, wenn zwei dasselbe tun,



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Durch die Maschinenhallen.

Wenn wir durch den Eingang Reitzenhäuser Straße die Ausstellung betreten, dann gehen wir ein Stück durch die Straße, an der die ausländischen Pavillons liegen. Wo aber rechts die farbenfrohen, prächtigen Blumenbeete uns entgegenleuchten, das Wasserbecken mit der großen Leuchtfantäne sich befindet, da biegen wir rechts ein. Bald stehen wir wieder vor der großen Ausstellungshalle, die wir aber heute unbeachtet liegen lassen. Direkt dahinter finden wir den kleinen Pavillon des Leipziger Tageblattes, in dem jetzt eifrig gesetzt und gedruckt wird. Wir wollen auch daran vorüber gehen, weil unsere kurze Zeit uns nicht gestattet, alles zu besichtigen. Aber das große Monument mit der Inschrift: »Nach Feierabend« können wir im vorübergehen ein wenig betrachten. »Nach Feierabend« ist eine sogenannte Familienzeitung, die, wie uns versichert wurde, die größte Auflage aller deutschen Zeitungen haben soll. Der Arbeiter, der da auf dem Riesenblock sitzt, die Beine herunter baumeln läßt und dabei seine Pipe schmaucht, soll wahrscheinlich so einen typischen Leser dieser Zeitung vorstellen. Man sieht es ihm an, daß er nicht ohne Absicht den hinter ihm liegenden Maschinenhallen den Rücken kehrt. Nach seinem Gesichtsausdruck zu urteilen, scheint er zu denken: »mir kann die ganze Ausstellung Wurst sein!«

War es nötig, diese Geschmackslosigkeit hier hinzustellen? Und der Kerl raucht wirklich; wie eine Negerpuppe vor einem Zigarrenladen. Nein, so stellen wir uns einen Arbeiter auch nach Feierabend nicht vor. Wir haben besseres zu tun, als bloß in die Welt zu glotzen.

Vor uns liegt die Maschinenhalle II. Diese Halle mit ihren Glaswänden macht einen eigenartigen, schönen Eindruck.

Durch Arbeitstellung zur denkbar größten Arbeitsleistung! Das ist das Prinzip, das unsere moderne Industrie beherrscht. Das aber auch den Beruf so eintönig, uninteressant macht, und das vor allem dem ausübenden Arbeiter den Beruf so fremd macht. Ja, innerhalb der großen Betriebe hat sich der Brauch immer mehr eingebürgert, den Zutritt zu den einzelnen Arbeitsräumen nur den dort Beschäftigten zu gestatten. Dadurch kommt es dann, daß den meisten Berufsangehörigen ihr eigener Beruf nur zum kleinsten Teil bekannt ist.

Um so wertvoller ist der Besuch einer solchen Ausstellung; umso mehr, als wahrscheinlich eine solche Gelegenheit so bald nicht wiederkehren wird. Viel prächtiger, als durch die besten Druckmuster, als durch die sachkundigsten Vorträge und Artikel wird hier der Einblick in die technischen Fortschritte der Industrie erweitert. Hier ist alles Bewegung und Leben. Wir können direkt die maschinelle Herstellung der Produkte sehen.

Wie unablässig die Technik bemüht ist, die Tätigkeit des Menschen auszuschalten, das wird uns hier so recht deutlich klar. Da sehen wir am Eingang eine kleine Tiegeldruckpresse in Betrieb, ohne daß wir einen Menschen gewahr werden, der sie bedient. Mit selbsttätigem Bogenanleger und -ausleger versehen, arbeitet sie ohne Hilfspersonal. Allerdings scheint es sich hier nur um festere Papiere zu handeln, die verarbeitet werden können, denn bei dem exakten, ruckweisen Zugreifen des mechanischen

Anlegers dürften leichtere Papiere bald zerrissen werden. Auf dem Prinzip der Ausschaltung menschlicher Tätigkeit sind auch die Setzmaschinen gebaut, von den die meisten Menschen schon gehört, die aber wohl die wenigsten gesehen haben. Ja, sogar in ihrem geschichtlichen Entstehen werden sie uns hier gezeigt. Die drei bekanntesten Setzmaschinensysteme können wir in Betrieb beobachten. Die Linotype, die Monotype und den Typograph. Während die Höchstleistung im Handsatz bis 2500 Buchstaben pro Stunde geht, leistet die Monotype bis 14000. Besonders für den Zeitungssatz haben diese Maschinen erstaunliche Umwälzungen erzielt, die auch für die Schriftsetzer, mehr aber noch für die Schriftgießereien nicht ohne merkbare Folgen waren.

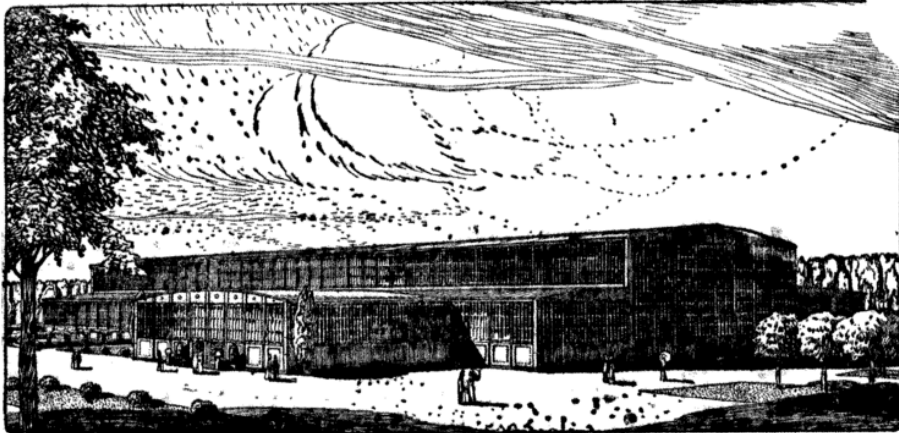
Auch eine Flachbronziermaschine können wir dort in Betrieb beobachten. Angeschlossen an eine Steindruckschnellpresse schaltet auch sie die Tätigkeit der Anlegerinnen aus; dafür wird die mörderische Arbeit des Bronzierens, die zu immer wiederkehrenden Klagen Veranlassung gab, einer Maschine übertragen. Leider ist auch diese Neuerung, wie so viele

Maschinen, die menschliche Arbeitskraft ausschalten, das ist der wichtigste Antrieb für die Tätigkeit der Erfinder. Im Buchbinderberuf scheint diese Tendenz am stärksten sich durchzusetzen. Wohl ist es richtig, daß der Kapitalist die durch weitgehende Arbeitstellung vereinfachte Tätigkeit mit Vorliebe weiblichen Arbeitskräften überträgt. Aber das ist nur eine Epoche. Ist die Arbeit erst mal so weit vereinfacht, daß sie von billigen Ungelernten ausgeübt werden kann, dann ist auch der Zeitpunkt nicht fern, wo diese vereinfachte Tätigkeit Maschinen übertragen werden kann. Ein prächtiges Beispiel dafür ist der mechanische Bogenanleger, der heute fast an jeder größeren Buchdruck- und Steindruckschnellpresse zu finden ist. Es hat lange gedauert, bis er wirklich brauchbar war; heute besteht über seine praktische Verwendbarkeit kein Zweifel mehr.

Mit ebenso zäher Energie ist das Ziel verfolgt worden, die Falzrinnen entbehrlich zu machen. Die Zeitungsrötmungsmaschinen haben längst die Arbeit übernommen. Sie falzen nicht nur, sondern bringen die Zeitungen auch abgezählt auf den Tisch. Doch auch für bessere

Druksachen bringt die Ausstellung mannigfaltige Falzmaschinen.

Druksachen, die bei einem Gang durch die Maschine dreimal gefalzt wurden. Man wird nicht müde, die präzise Arbeit dieser Maschinen zu bewundern. Die Herstellung der Düten, noch vor wenigen Jahrzehnten ausschließlich mit der Hand gefertigt, bedarf heute der Menschen nur noch als Maschinenwärter. Interessant sind die Maschinen zur Herstellung der Kuverts. Eine Stanzmaschine schneidet zu Hunderten das Papier



Maschinenhalle II

andere, nur von den leistungsfähigsten Fabriken in Anwendung genommen worden, während in den kleineren und selbst mittleren Betrieben nach wie vor die gesundheitsschädliche Bronzierarbeit mit der Hand gemacht wird. Denn solche Maschinen stellt der Unternehmer nur dann ein, wenn er sie einigermaßen voll ausnützen kann.

In dieser Halle finden wir alle Maschinen, die im graphischen Gesamtgewerbe Verwendung finden. Von der kleinsten Buchdruckpresse bis zu den größten Zeitungsrötmungsmaschinen. Und friedlich, mit diesen in einem Raum vereinigt, finden wir eine Steindruckpresse zum Andruck der größten Formate, finden wir die Flachdruckpresse für Stein, die Tiefdruckpresse, die Rotary und die Offsetpresse. Die technische Entwicklung der Druckverfahren überspringt alle Grenzen, die einstmals ihre Berechtigung hatten. Sie wirbelt Arbeitsprozesse durcheinander, die über ein Jahrhundert selbständig nebeneinander bestanden. Sie weist uns mit immer zwingenderer Logik den Weg, wie die Verteilung der sirtigen Arbeitsgebiete vor sich gehen muß. Die Technik macht uns zu immer enger zusammengehörenden Berufskollegen. Wenn wir nicht rechtzeitig den Gang der Entwicklung begreifen, dann schädigen wir uns selbst und bereiten nur den Unternehmern Freude, die als lachende Dritte den Streit der Brüder mit ansehen. Die aber auch verstehen werden, ihre Vorteile daraus zu ziehen.

Immer wieder regt die Betrachtung der ausgestellten Dinge zu Gedanken an, die abseits der reinen Technik liegen.

Es scheint, als wenn einstweilen mit Tiefdruck und Offset eine kleine Ruhepause im technischen Fortschritt eintreten soll. Wie lange? — Der Fortschritt ist allerdings ein gewaltiger. Was jahrzehntelang eine Tagesauflage war, soll jetzt in einer Stunde geleistet werden.

in die entsprechende Form. Von dort wird der Stoß zugeschnittenes Papier auf einen kleinen Tisch gelegt, und unablässig, taktmäßig nimmt der Greifer Blatt für Blatt und sendet dieselben durch die Maschine. Ein verwirrender Mechanismus befördert das einzelne Blatt weiter, wo es gefalzt, mit Klebstoff bestrichen, zugeklebt und jedes Kuvert einen langen Weg zum Trocknen geschickt wird. Nun erscheint es fertig vorn an der Maschine, wo die Hilfsarbeiterin sitzt, und gruppiert sich mit den folgenden zu je 50 hintereinander. Geradezu bewundernswert erscheint es, wie jedes 50. Kuvert sich ungefähr 1 cm herausstellt, so daß ganz mechanisch eine leichte Verpackung nach Zahl möglich ist.

Doch wir sind auf unserer Wanderung schon in die erste Maschinenhalle geraten. Hier finden wir auch die Liniermaschinen für Konto-, Schulbücher etc., die Druckmaschinen für Buntpapiere und vor allem die vielen Arten von Papierschneldmaschinen. Schneidemaschinen von so enormer Größe sind dabei, daß sie mehr den Eindruck von Guillotinen machen, die es allerdings weniger auf den Kopf als auf die Hände ihrer Opfer abgesehen haben. Freilich hier sind die Maschinen mit den besten Schutzvorrichtungen versehen. Wie es in der praktischen Arbeit damit aussieht, steht auf einem andern Blatt. Für heute wollen wir nur noch berichten, daß in Halle I auch eine Tapetendruckmaschine zu sehen ist. Sicherlich wird vielen unserer Kollegen die Herstellung unserer Tapeten herzlich fremd sein und er wird mit Freuden die Gelegenheit benutzen, seine Kenntnisse auch nach dieser Richtung etwas zu vervollkommen.

Freier Sonnabendnachmittag.

In letzter Zeit taucht in Deutschland in Unternehmern sowohl wie auch in Arbeiterkreisen die Frage auf: »Wie verhalten wir uns zu dem freien Sonnabendnachmittag?« Da diese Neuerung namentlich in der Metallbranche Begeisterung erweckt, so

sind im E. auch wir gezwungen, hierzu Stellung zu nehmen, weil wir mit einer ganzen Anzahl Kollegen, denen der Blechdrucker, hierbei in Frage kommen. Der Knackpunkt ist nämlich die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit der anderen Wochentage. Tatsache ist doch, ohne Einholung der am Sonntagabend nachmittags verlorengegangenen Stunden wird schwerlich ein Unternehmer für diese Sache zu haben sein. Sind in der Regel auch nur 1—2 Stunden (man arbeitet nämlich dann an den Sonntagen statt bis 12 Uhr mittags bis 1 1/2—2 Uhr) auf die übrigen Wochentage zu verteilen, so macht es doch immer noch pro Tag 15—25 Minuten. Wird auch nichts an der wöchentlichen Arbeitsstundenzahl verändert, so ist doch unbestreitbar die tägliche Arbeitszeit verlängert. Man kann sowohl Freund wie Feind in diesem Punkte verstehen. Der Freund sagt: Ich habe jetzt statt einer früheren ununterbrochenen Ruhezeit von 38 Stunden eine solche von mindestens 41 Stunden. Arbeite an fünf Tagen wohl 15—25 Minuten länger, habe dafür am sechsten Tage drei Stunden weniger. Der Feind ist strikte gegen jede noch so geringe Verlängerung der täglichen Arbeitszeit. Wer ist nun im Rechte? Jedenfalls haben wir unser Augenmerk hierauf zu richten, das Für und Wider gerecht abzuwägen. Möge deshalb eine rege Diskussion über diesen Punkt einsetzen. —ck—

Berichterstattung der Mitgliedschaften.

Zwei Artikel betreffs Mitarbeit an unserm Fachblatt waren bereits kurz nacheinander zu lesen, und da aller guten Dinge drei sind, soll dieser dritte Artikel besonders die Mitgliedschaften zur Mitarbeit anregen. Bei einem Vergleich anderer Gewerkschaftsblätter mit dem unserigen müssen wir einsehen, daß in der »Graph. Presse« wenig Ortsberichte zu finden sind. Muß das sein?

Wir haben rund 150 Mitgliedschaften mit 750 Druckorten, kommen also auf jede Mitgliedschaft 5 Druckorte. Aus diesen 150 Mitgliedschaften waren im Jahre 1913 nicht einmal 70 Ortsberichte, während von den übrigen 600 Druckorten Deutschlands in denen Steindruckereien sind, überhaupt nur drei Ortsberichte im ganzen 26. Jahrgang 1913 enthalten sind. Das ist eine geringe Zahl, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse in oft abseits gelegenen Druckorten berücksichtigt, von denen es gerade zu Nutz und Frommen der Kollegenschaft manches zu berichten gäbe.

Wir haben durch manche Zuschriften Beweise, daß die Kollegenschaft ein Interesse daran hat, etwas von solchen Orten zu erfahren. Andererseits wissen wir aber auch, daß durch Berichte in der »Gr. Pr.« die rückständigsten Verhältnisse in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen wenigstens etwas gebessert, etwas »modernisiert« werden konnten. Ja, wo alle anderen Versuche gescheitert sind, hat oftmals so ein kurzer Bericht in der »Graph. Presse« wahre Wunder gewirkt. Die öffentliche Meinung ist eben doch noch etwas, und die Tinte manchmal ein ganz besonderer Saft.

Im Interesse unserer Mitglieder wäre es also, und ganz besonders der mittleren und kleineren Mitgliedschaften, wenn mehr Berichte durch die »Graph. Presse« veröffentlicht werden könnten.

Gewiß ist es falsch alle nebensächlichen lokalen Angelegenheiten im Versammlungsbericht zu bringen, doch nützlich ist es, Dinge in einem kurzen Bericht mitzuteilen, die allgemeineres Interesse haben. Unsere reisenden Kollegen werden stets dankbar solche Berichte aufgreifen, sei es, daß sie über eine Stadt unterrichtet werden die sie einmal aufzusuchen gedenken, oder, daß sie sich freuen von dort etwas zu hören, wo sie früher gewesen sind. S.

Tarifbewegung in München.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung des technischen Personals der lithographischen Anstalten Münchens nahm einstimmig folgende Resolution an:

»Die am 27. Mai 1914 tagende vollzählig besuchte Versammlung aller in den Münchener lithographischen Anstalten und Steindruckereien beschäftigten Lithographen, Steindrucker, Buchbinder, Steinschleifer, Hilfsarbeiter, Buchbinder-Arbeiterinnen, Einlegerinnen und Bogenfängerinnen sowie sonstige Hilfsarbeiterinnen, erklären sich mit den in der heutigen Versammlung vorgeschlagenen Änderungen der tariflichen Bestimmungen für einen eventuell neu abzuschließenden Tarif im Münchener Steindruckergewerbe voll und ganz einverstanden. Die Versammlung beauftragt die Organisationsleitungen die im Jahre 1910 abgeschlossenen, mit 30. Juni dieses Jahres endigenden tariflichen Bestimmungen mit den Münchener Lithographie- und Steindruckereibesitzern gemäß § 14 des Tarifs zu kündigen und unter Einreichung der neuen, heute angenommenen Tarifabänderungsvorschläge zu versuchen neue Tarifverhandlungen anzubahnen.

Da die Forderungen des technischen Personals der Lithographie- und Steindruckereibetriebe sich in den beiderseitigen Grenzen halten, erwartet die Arbeiterschaft ein in beiderseitigen Interesse gelegenes Entgegenkommen der Herren Arbeitgeber.

Die Versammlungen verpflichten sich, so wie bisher, auch in Zukunft allen von den Verwaltungen der Organisationen ausgehenden Direktiven in bezug auf die Tarifbewegung Folge zu leisten!

Der Lithograph.

Ein Wort an die Lithographen.

Wer Gelegenheit hatte, die Kollegen in der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen viele Jahre zu beobachten, der wird mit mir der Meinung sein, daß die übergroße Mehrzahl ihre Schuldigkeit nicht getan hat und noch heute ihre Pflicht versäumt. Jeder Kollege fühlt den Druck der Verhältnisse; keiner ist zufrieden und jeder wünscht dringend eine Besserung. Aber in der Regel belassen es die Kollegen bei dem Wunsche und lassen ihm keine Tat folgen.

Was nützen all die Wünsche und Hoffnungen auf bessere Verhältnisse, wenn die Kollegen die Hände in den Schoß legen und sich nicht rühren. Trotz der jahrelangen Krise in der Lithographie, worunter Berlin wohl am härtesten betroffen wurde, könnte manches anders sein, wenn nur den Kollegen etwas mehr Vertrauen auf die eigene Kraft inne-wohnte. Wenn sich die Kollegen auf ihre Kraft besinnen würden, die sich aus einem engen, möglicherweise löcherlosen Zusammenschluß ergibt, könnte mancher Mißstand beseitigt werden.

Unstreitig hat neben der akuten Krise in der Lithographie der Ausgang des letzten Kampfes bei den Kollegen eine gewisse Gleichgültigkeit hervorgerufen und dazu beigetragen, daß sie sich ohne jeden Widerstand in ihr Schicksal fügten, zum eigenen Schaden und zum Nachteile des gesamten Berufes. Man mag den letzten Kampf beurteilen wie man will, nach meiner Überzeugung müßte früher oder später doch einmal ein Kampf gekämpft werden, wo die sich gegenüberstehenden Organisationen bis an die äußersten Grenzen ihrer Kraft gingen, um ihre Widerstandskraft zu zeigen. Einem solchen Kampf kann sich keine Organisation entziehen; er liegt in der Entwicklung und ist eine Notwendigkeit, um die Beteiligten auf andere Bahnen zu drängen. Er bildet sozusagen einen Wendepunkt in der gewerkschaftlichen Taktik. Den gleichen Kampf haben die Buchdrucker im Jahre 1891 auskämpfen müssen und nach uns werden ihn noch andere Organisationen zu führen gezwungen sein. Der Konsequenz der Entwicklung kann sich keine Organisation entziehen; es sei denn, daß auch die Unternehmer aus den wirtschaftlichen Kämpfen anderer Gewerbe eine Lehre ziehen und somit zur Vermeidung solcher Kraftproben beitragen.

Mit Stolz können wir von uns sagen, daß die am letzten Kampfe beteiligte Kollegenschaft tapfer ausgehalten hat; sie hat ihren Mann voll und ganz gestanden. Auch die Unternehmer sind der Überzeugung, daß unser Gewerbe einen zweiten solchen Kampf nicht aushalten kann, wenn es nicht vollständig ruiniert werden soll.

Es ist ein großer Fehler, wenn die Kollegen nach einem solchen Kampfe sich der Einwirkung auf die Gestaltung der Verhältnisse enthalten. Damit, daß man den Beitrag an die Organisationszahl und deren Mitglied ist, hat man seine Schuldigkeit als Kollege bei weitem noch nicht erfüllt; da gehört doch etwas mehr hinzu.

In der letzten Zeit sind in der »Graph. Presse« zahlreiche Stimmen laut geworden, die eine Erweiterung der Rechte der Mitglieder innerhalb unseres Verbandes verlangten. Und wollte man nach der stürmischen Art, in der das Verlangen zutage trat, urteilen, so möchte man annehmen, daß die »angebliche Rechtslosigkeit« unter den Kollegen den größten Unwillen hervorgerufen habe. In Wirklichkeit liegen doch die Dinge so, daß die Kollegen ihre Rechte in einem sehr geringen Umfange wahrnehmen. Es sind nur einige Kollegen, die glauben sich als Wahrer der Rechte der Mitglieder aufspielen zu müssen und sich selbst ein Zeugnis als treue Prinzipienwächter ausstellen. Wie sind denn die Versammlungen besucht, wo die Wahlen der Ortsverwaltungen vollzogen und die Jahresberichte erstattet werden und selbst dann, wenn wichtige Berufsvorgänge behandelt werden, bleibt ein Teil der Kollegen fern; so ist es in allen Orten.

Was uns *not* tut, ist eine regere Anteilnahme der Kollegen an allen Berufs- und Verbandsfragen und eine regere Inanspruchnahme derjenigen Rechte, die ihnen durch das Verbandsstatut in weitgehender Weise gegeben sind. Wollen wir zu gesunden Berufsverhältnissen kommen, so müssen diejenigen Kollegen, die bisher selbst keine Hand geführt haben und nur andere für sich arbeiten ließen, dafür aber desto besser auf deren Tätigkeit schimpfen konnten, ihre Kraft mit in den Dienst unserer guten Sache stellen. Die Mitgliederversammlungen sind der Ort, wo die Unzufriedenen ihre Meinung zu sagen haben, wo die Verhältnisse gemeinsam besprochen und die Wege gefunden werden, die gemeinsam gegangen werden müssen, um eine Besserung herbeizuführen.

Nur durch gemeinsame Arbeit können wir vorwärts. In der gemeinsamen Arbeit, in der Erfüllung ihrer Pflicht als Berufs- und Verbandskollegen haben die Kollegen nicht immer ihre volle Schuldigkeit getan. Im eigenen Interesse liegt es, wenn die Kollegen sich ihres vornehmsten Rechtes und ihrer heiligsten Pflicht, auf die Gestaltung der Berufsverhältnisse einzuwirken, nicht begeben.

In der Wahrnehmung seiner Rechte und in der Erfüllung seiner Pflichten erkennt man den zielbewußten Gewerkschafter.

Die photomech. Fächer.

Der Aufschwung des Chemigraphiegewerbes.

Just zur selben Zeit, als an dieser Stelle nachzulesen versucht wurde, daß in der Überläuferfrage bisher schon von den Chemigraphen das Möglichste getan worden sei, erinnerte uns im Lithographenteil ein Kollege daran, daß wir die Verpflichtung hätten, den Übertritt der Lithographenkollegen noch mehr zu begünstigen. Dieselbe Mahnung hat uns auch die Stuttgarter Generalversammlung mit auf den Weg gegeben. Für die bedrängte Lage unserer Kollegen vom Stein haben wir volles Verständnis, und es ist durchaus nicht richtig, daß wir uns gegen den Übertritt Angehöriger anderer Berufe in die Chemigraphie »abgeschlossen« hätten. Denn dieser Vorwurf wurde auch in Stuttgart wieder erhoben. Was wir fordern, ist nichts anderes, als eine nach dem Anwachsen des Gewerbes, nach dem Bedarf an Arbeitskräften *geregelte* Einstellung von Überläufern. Es ist uns wiederum aber auch verständlich, daß man sich dort, wo die Chemigraphie im kleinsten Umfange vertreten ist, oder wo keine genaue Kenntnis des Arbeitsprozesses der Chemigraphie vorhanden ist, falsche Vorstellungen von der Ausbreitung der Chemigraphie und ebenso über die Möglichkeit der Unterbringung von Überläufern macht.

Es kann keineswegs bestritten werden, daß durch die Entwicklung der Chemigraphie dem lithographischen Gewerbe ein Teil von Aufträgen entzogen wurde. Das trifft in der Hauptsache jedoch nur auf die Chromolithographie und die Farbenätzung zu. Da ganz selbstverständlich auch das graphische Gewerbe den allgemeinen Entwicklungsgesetzen unterworfen ist, geht auch hier das Bestreben dahin, mit weniger Arbeitskraft die Menge der Produkte zu steigern. Auf die Wirkungen dieses Gesetzes ist ja eben die Entwicklung von der Lithographie zur photomechanischen Farbenätzung zurückzuführen. Daraus ergibt sich aber auch, daß ein Farbenätzer imstande sein muß, mehr Reproduktionen herzustellen, als ein Lithograph, oder richtiger, daß zu einer bestimmten Menge von Reproduktionen in der Farbenätzung weniger Arbeitskräfte notwendig sind, als zur Herstellung der gleichen Menge Reproduktionen in der Lithographie. Die Farbenätzung kann darum auch nicht soviel Arbeitskräfte aufnehmen, als durch ihre Entwicklung in der Lithographie überflüssig werden. Nun hat sich die Zahl der Farbatzer von 1908 bis 1913 um 83, sagen wir inklusive der unorganisierten um rund 100, vergrößert. In der gleichen Zeit ist die Zahl der beschäftigten Lithographen in Deutschland um 1041 zurückgegangen. Es wären demnach zehnmal soviel beschäftigte Lithographen weniger, als beschäftigte Farbenätzer mehr geworden. Jedem halbwegs mit den Verhältnissen Vertrauten wird einleuchten, daß die Produktivität nur um den kleinsten Teil dieser Spannung durch die Chemigraphie gestiegen ist, selbst wenn man dabei in Rechnung stellt, daß auch andere als chromolithographische Aufträge in die Chemigraphie gewandert sind und die weniger beschäftigten Lithographen nicht nur im Chromofach tätig waren. Die Hauptursachen für den Rückgang des Lithographiegewerbes sind darum wohl wo anders zu suchen, als in dem Abwandern der Aufträge in die Chemigraphie, wenigstens soweit diese durch den Tarif bisher erfaßt ist. Vielmehr muß in der Hauptsache die deutsche und amerikanische Zollpolitik für den Rückgang des Lithographiegewerbes verantwortlich gemacht werden. Dazu kommt dann als Hauptfaktor noch die technische Entwicklung innerhalb der Lithographie selbst, die Anwendung der Photographie im Photochrom, Steinrastrer usw. Ferner darf auch nicht übersehen werden, daß andere als chemigraphische und lithographische Verfahren wesentliche Fortschritte gemacht haben. So vor allen Dingen die Rotationsphotographie, die einen erheblichen Teil der Postkartenfabrikation an sich gerissen und so dem Absatz lithographischer Produkte Abbruch getan hat. Die Chemigraphen haben gewiß nichts dagegen, wenn die hier soeben angeführte technische Entwicklung auf das Konto »Chemigraphie« gesetzt und alles was dazu gehört, zur Chemigraphie gerechnet wird. Dann aber müßten auch andere Zahlen zum Vergleich herangezogen werden. Will man das jedoch nicht, so darf man auch die erwähnten Verhältnisse und Vorgänge nicht außer acht lassen.

Der tatsächlich vorhandene Aufschwung der Chemigraphie während der letzten Jahre ist vor allem durch die außerordentliche technische Vervollkommnung der Positivretusche bewirkt worden. Die Maschinenretusche hat der Chemigraphie insbesondere die Industrie als Absatzgebiet erschlossen. Hierbei sind aber vielmehr als der Lithographie dem Holzschnitt Aufträge verloren gegangen. Weit darüber hinaus hat sich jedoch auch mit der technischen Verbesserung der Retusche die Illustrationsmöglichkeit und damit die Absatzmöglichkeit für die Chemigraphie erweitert. Als weitere Folge tritt dann eine rapide Vermehrung der Schwarzätzer, Nachschneider, Drucker und Kopierer, sowie der Fräser und Monteurs in die Erscheinung. Ein

größerer Bedarf an Kopierern, Druckern und Fräsern ist allerdings auch durch die Ausbreitung der Farbenätzung erzeugt worden. Nach dem Umfang der Farbenätzung entfällt trotzdem auf sie die kleinere Wirkung zur Vergrößerung dieser Sparten.

Nach der 1913 von der Zentralkommission aufgenommenen Statistik hat in den tariffreien Anstalten die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zu der Statistik von 1908 um 654 zugenommen. Absolut und relativ fällt der Löwenanteil dieses Aufschwungs der Positivretusche zu, relativ die Fräser und Monteure ausgenommen. Die Zahl der Positivretuscheure ist um 177 (69,4 Proz.), die der Schwarzzeiger um 166 (27,7 Proz.), der Farbenzeiger um 83 (36,4 Proz.), der Drucker um 79 (65,4 Proz.), der Fräser und Monteure um 64 (101,5 Proz.), der Kopierer um 35 (40,7 Proz.), der Photographen um 34 (14,7 Proz.), der Nachschneider um 32 (19,5 Proz.) gestiegen. Zurückgegangen ist die Zahl der Metallretuscheure. Aus dieser Zusammenstellung geht wohl ohne weiteres hervor, daß sich der Aufschwung der Chemigraphie vor allem auf die Schwarzreproduktion erstreckt, also des Teiles, der der Lithographie am wenigsten Konkurrenz macht. Selbstredend haben nun auch gerade die anderen Berufe, die durch das Vorwärtsschreiten der Chemigraphie auf dem Gebiete der schwarzen Illustration wirklich bedrängt werden, das Bestreben, bei uns Unterkommen zu finden. Da aber ganz naturgemäß die Einstellung von Überläufern danach erfolgt, wie sich nach ihrer früheren Tätigkeit die übertretenden Kollegen für eine der Sparten innerhalb der Chemigraphie eignen, ist uns schon von vornherein in der Begünstigung des einen oder anderen zurückgehenden Berufes eine unübersteigbare Schranke gesetzt. So sind die Lithographen qualifiziert als Farbenzeiger, Positivretuscheure, Metallretuscheure und Schwarzzeiger. Bei den Schwarzzeigern ist ständig ein Überangebot von Arbeitskräften vorhanden. Zudem sind zirka ein Drittel der Schwarzzeiger Stichtzeiger, wofür die Lithographen gar keine Vorbildung mitbringen. Von den 400 Positivretuscheuren sind dagegen 312 Überläufer (204 Lithographen), von 311 Farbenzeigern sind 221 Überläufer (197 Lithographen) und von 107 Metallretuscheuren 89 Überläufer (65 Lithographen). Als Andrunder eignen sich natürlich am besten gelernte Drucker; von 200 Druckern sind 188 Überläufer, davon wieder 125 Stenodrucker. Die 196 Nachschneider weisen 182 Überläufer auf. Als die am meisten von der Chemigraphie Bedrängten müssen die Holzschnelder angesprochen werden. Sie sind darum auch mit 129 unter den Nachschneidern vertreten; 89 waren früher Graveure. Man sollte meinen, aus diesen Beweisen ginge hervor, daß für den Übertritt der Kollegen anderer von uns verdrängter Berufe, besonders der Lithographen, bisher schon das Möglichste getan worden ist. Die Lithographenkollegen dürfen, wenn sie von dem kolossalen Aufschwung der Chemigraphie hören, nicht vergessen, daß dabei Sparten in Frage kommen, in denen sie sich nicht betätigen können, für die geeignete Arbeitskräfte aus verwandten Berufen von den Unternehmern selbstredend bevorzugt werden.

Vielmehr wird nun noch behauptet, die Überläufer wären vor dem Bestehen der Tarifgemeinschaft zur Chemigraphie gekommen, nachher hätte das Abschließen eingesetzt. Die Statistik beweist, daß dem nicht so ist. Von 1221 Überläufern haben 575, davon 347 Lithographen, nach dem Inkrafttreten des Tarifes von ihrem früheren Beruf zur Chemigraphie herübergewechselt. Das ist gewiß nicht von unserem guten Willen abhängig gewesen, sondern die teilweise sprunghafte Entwicklung des Gewerbes brauchte den schnell verwendbaren Zustrom an Arbeitskräften. Und wenn wir dabei die Augen offen halten, daß nicht über den Bedarf hinaus, zur Bevölkerung des Arbeitsmarktes als Mittel zum Lohndruck, Überläufer herangezogen wurden, so rechtfertigt das keineswegs den oben bezeichneten Vorwurf. Jeder wird vielmehr verstehen, daß wir gegen Firmen, die stets an den Arbeitsnachweis dann herantraten, wenn einmal wirklich der letzte Farbenzeiger oder Retuscheur vermittelte war, mißtrauisch wurden und nicht so gleich der Einstellung von Überläufern unsere Zustimmung gaben. Anders soll auch in Zukunft nicht gehandelt werden. Haben wir doch bei den letzten Tarifverhandlungen ausdrücklich erklärt, daß uns mit Rücksicht auf die arbeitslosen Lithographen Überläufer lieber sind als ein entsprechendes Mehr von Lehrlingen.

Mit dem Gegenüberstellen der sinkenden Beschäftigtenziffern der Lithographie und der steigenden in der Chemigraphie wird, gern angenommen unbeabsichtigt, der Anschein erweckt, als ob der Rückgang des einen Gewerbes zum größten Teil auf das Anwachsen des anderen zurückzuführen sei. Daß das nur sehr bedingt zutrifft, geht aus dem Dargelegten wohl hervor. Infolgedessen kann daraus auch nicht für uns die Verpflichtung der Begünstigung des Übertretens der Lithographenkollegen zur Chemigraphie abgeleitet werden. Soweit es in unseren Kräften steht, übernehmen wir aber gern diese Verpflichtung aus Gründen allgemeiner gewerkschaftlicher Solidarität, sind wir andererseits doch auch wieder auf die Solidarität der Lithographen angewiesen. gdt.

Hubert Ackermann †.

Der ehemalige Vorsitzende der Münchener Chemigraphen-Filiale schied am 29. Mal am Grabe seines Sohnes freiwillig aus dem Leben. Schwere Schicksalsschläge der letzten Jahre, namentlich die bevorstehende Arbeitslosigkeit, brachten ihn zu dem unglücklichen Entschluß. Neun Jahre war Ackermann in der Firma Brendamour, Simhart & Co. tätig, jetzt sollte er dem jungen Nachwuchs weichen. Er benutzte seinen Urlaub noch dazu, um sich andere Arbeitsgelegenheit zu suchen, jedoch ohne Erfolg. Er wußte zu genau, daß er mit seinem 48 Jahren nur schwer wieder unterkommen konnte. Er wußte es, daß im allgemeinen der Arbeiter schon mit 40 Jahren aus dem kapitalistischen Betriebe als unbrauchbar aussortiert wird, warum sollte er weiter leben, in einer Welt die nichts mehr für ihn bot als Entbehrungen und Sorgen. Die Sympathien der Münchener Kollegen, die seinen Tod aufrichtig betrauern, sichern ihm auch über das Grab hinaus ein treues Andenken. Der Tod Ackermanns hat bei den Kollegen eine große Erregung hervorgerufen, da er äußerst beliebt und von Allen geschätzt wurde. Für den Verband hat Ackermann mehrere Jahre als Vertrauensmann gewirkt und im Jahre 1911 und 1912 haben ihm die Kollegen den Vorsitz der Münchener Filiale übertragen. Wir verlieren in ihm einen rührigen und tüchtigen Vertreter unserer Sache. Ehre seinem Andenken!

Brief aus Lyon.

Endlich ist es lebendig geworden in den Reihen der Chemigraphen der alten südfränkischen Seidenweberstadt Lyon. Es war aber auch hohe Zeit. In allen Staaten, wo die Chemigraphie im Aufblühen ist, bestehen leidliche Arbeitsbedingungen, sind mehr oder weniger günstige Tarife mit den Prinzipalen abgeschlossen worden. Es besteht meist 8 stündige Arbeitszeit, nur in Lyon, der zweitgrößten Stadt Frankreichs, wird 10 Stunden, sage und schreibe zehn Stunden geschafft. Die größte der drei neuentwerteten Anstalten am Orte, die Firma Société de Photochromographie, Dir. L. Hemmerlé, besitzt sogar hygienische Einrichtungen, die aller Hygiene Hohn sprechen. Eine nähere Beschreibung ist wohl überflüssig, da allen Kollegen der Appell vergehen würde. Die Leute müssen in halbdunklen Räumen bei Gestank und Staub arbeiten und als weitere Annehmlichkeit sich die Ratten um die Beine laufen lassen. Gibt es doch in Paris etwas reizvollere Anstalten, besteht doch dort der Neunstundentag, warum geht es nicht in Lyon? Es wurde also eine intensive Agitation entfaltet; wo vorher nur wenige Kollegen organisiert waren, erfolgten zahlreiche Beitritte und es entstand eine Filiale des französischen Bruderverbandes. Auch ein Tarif wurde ausgearbeitet und versucht, mit den Prinzipalen in Verbindung zu treten. Der Anknüpfungspunkt blieb natürlich die neunstündige Arbeitszeit. Der erste höfliche Brief an die Prinzipale, mit der Frage, wie sie sich zu den Forderungen stellen, wurde nur von den Firmen A. Arlin und M. Delaye beantwortet und zwar unbefriedigend. Das dritte und größte Geschäft L. Hemmerlé antwortete gar nicht, auch nicht auf einen zweiten Brief. Nur ein anonymes Schreiben, dürftigen Inhaltes, ging beim Verband ein. Eine Kommission verhandelte mit den Prinzipalen, hatte aber keinen Erfolg, am allerwenigsten bei L. Hemmerlé. Das war selbst den höflichen Franzosen zu viel. Nachdem nun solange gewartet worden war (aus zu großer Rücksichtnahme war sogar eine Hochkonjunktur verstrichen) brach bei Allen der Unmut durch und nach einmütigem Beschluß traten die Kollegen in den Streik. Selbst die Abteilungsleiter beteiligten sich und es herrschte ein flottes Gelst unter den Streikenden. In allen drei Anstalten fern sämtliche Kollegen mit Ausnahme von zwei Rausreißern, die nun im Verein mit zwei Söhnen und der Tochter des einen Prinzipals Hemmerlé die Menschenwürde aus den Reihen der Tugenden zu streifen versuchen. Von den deutschen Kollegen erwarten wir den Beweis Ihrer altbewährten Solidartät: keiner darf in Lyon Stellung nehmen, denn kann es uns an Erfolg nicht fehlen und in diesem Sinne bieten wir den Kollegen unseren verständlichen Gruß. F. H.

Photogr. Mitarbeiter.

Gegen den Vergrößerungsschwindel.

Die Petition an den Reichstag, die in so eigenartiger Deutlichkeit von Herrn Schlegel, dem Vorsitzenden des Zentralverbandes, abgefaßt war, ist mit Recht in den Papierkorb des Reichstages gewandert. — Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß eine Bekämpfung des Bilderschwindels unterbleiben könnte. Diese muß erneut und immer wieder mit allen unter den jetzigen Gesetzen möglichen Mitteln versucht werden. Als vor mehreren Jahren das »Internationale Portrait-Institut in Berlin« in der Hauptsache in bürgerlichen Tageszeitungen und Wochenschriften mit vielen, ein Preisträger enthaltenden Annoncen Reklame trieb, nahmen diese Zeitungsverlage dieses profitliche Geschäft gern mit. Als aber der Geschäftsführer dieses »Inter-

nationalen Portrait-Instituts« die Porträtzehner durch Lohnabzug zum Streik trieb, nahm nur die Arbeiterpresse davon entsprechend Notiz. Wäre es bei diesem Streik — der durch das Eingreifen unserer Organisation ordnungsgemäß verlief und durch Verhandlung mit der Firma schließlich beigelegt wurde — zu verständlichen Pflänkeleien gekommen, dann hätte die Polizei sicher auch diese Firma mit ihrem Schutze bedacht. Es fiel auch keinem bürgerlichen Blatte bisher ein, die unwürdigen Verhältnisse, die bei der Arbeitsaufnahme und -Ausgabe des »Internationalen Portrait-Instituts« den Zeichnern geboten wurden, einer Kritik zu unterziehen. Ebenso wenig hat man sich gegen die in oft unzureichenden Räumen ausgeführte Heim- und Akkordarbeit gewandt. Auch der Zentralverband deutscher Photographenvereine hat es in seinen Eingaben bis jetzt unterlassen, diese Arbeitsmethoden mit zu kennzeichnen, was wohl deshalb unterblieben ist, weil auch bei Photographischen Anstalten ähnliche Verhältnisse bestehen. Wenn man aber die Firma »Internationales Portrait-Institut« und deren »solides« Geschäftsgebahren richtig gekennzeichnet hätte, wäre man vielleicht noch wegen Terrorismus gegen diese Firma zur Verantwortung gezogen worden. Denn nach Ansicht der Unternehmer darf die Organisation keinerlei Mittelungen über die bestehenden mißlichen Verhältnisse veröffentlichen. Nun ist aber der Geschäftsführer der Firmen »Internationales Portrait-Institut« und »Kunst im Bild« Kaufmann Ewald Gerlach von der Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin zu 1 Monat Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil das Gericht in dem Ausschreiben dieses Preisträgers eine unbefugte Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie und ein Vergehen gegen das Stempelsteuergesetz erblickt. — Diese hohe Strafe wurde deshalb erkannt, weil Gerlach schon vielfach, u. a. auch wegen desselben Vergehens vorbestraft ist. — Welchen Standpunkt wir gegen den Bilderschwindel einnehmen, ist hinlänglich bekannt, aber eine bessere und wirksamere Bekämpfung desselben erblicken wir in einer Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, vor allem in einem Verbot der Heimarbeit, und der Einrichtung genügender Arbeitsräume. Es dürfte ohne weiteres einleuchten, daß eine derartige Geschäftspraxis, wie sie Herr Gerlach im »Internationalen Portraitinstitut« und in der »Kunst im Bild« trieb, nur bei den schlechtesten Arbeitsverhältnissen möglich war. Hiergegen anzukämpfen ist Pflicht aller einsichtigen Elemente in der Vergrößerungsbranche. Für die Kollegen muß es aber erneute Aufgabe sein, eifrig für die Organisation zu agitieren.

Die Tapetenbranche.

Aus den Sektionen.

Mühlhausen i. Th. An der Bahnstrecke Mühlhausen i. Th. Treffurt liegt das fast allen Kollegen unbekannt, aber von Bergen und Wald umgebene, idyllische Heyerode. Der Mühlhäuser Formstecherbesitzer, Herr Mehler, errichtete vor einigen Jahren hier eine Filiale, in der bestimmten Voraussetzung, hier noch billigere Ausbeutungsobjekte zu erlangen als in Mühlhausen, wo die Verhältnisse in der Formstecherei wohl die schlechtesten in Deutschland sind. Herr Mehler hatte sich nicht getäuscht. Mit Hilfe eines sogenannten Meisters (wie uns versichert wurde, ist dieser Herr kein gelernter Formstecher) wurden nach kurzer Zeit zirka 15 Lehrlinge in diesen Kunststempel eingestellt und in die Formstecherei eingeweiht. Denn da bei dieser Lehrlingszahl kein Gehilfe beschäftigt wurde, kann von einer Ausbildung nicht die Rede sein. Bis vor kurzem war es überhaupt ausgeschlossen, nähere Details über diese Firma zu erfahren. Heute sind wir in der Lage, der Öffentlichkeit folgendes zu unterbreiten: Zur Zeit beschäftigt Herr Mehler in Heyerode noch 4 Gehilfen und 4 Lehrlinge. Trotz der größten Mühe gelang es Ostern nicht, neue Lehrlinge zu ködern. Die Arbeitszeit ist eine 10 1/2 stündige. Die Lehrzeit beträgt 3 1/2 Jahre. Der Lohn für ausgebildete Kollegen beträgt 19 Pfennige. Feiertage und Überstundenzuschlag wird nicht bezahlt. Bei den jetzt beschäftigten Formstechern beträgt der Stundenlohn 23—32 Pfennige. Der Hilfsarbeiter erhält 25 Pfennige. Uns wurde versichert, daß in der lauen Geschäftszeit die Kollegen 6—7 Mark wöchentlich verdienen. Die ausgebildeten Kollegen ziehen es deshalb vor, der Formstecherei Valeit zu sagen. Allerdings sind die Löhne in anderen Betrieben genau so minimal. Uns versicherte ein 19-jähriger früherer Kollege, daß er jetzt als Zigarrenarbeiter die Woche 5 Mark verdiente. Unter diesen noch schlimmer als ostelbischen Verhältnissen ist es unserer Organisation noch nicht gelungen, festen Fuß zu fassen. Nachdem uns aber jetzt eine Handhabe gegeben worden ist, muß es unser Bestreben sein, auch hier eine Änderung herbeizuführen. Vor allen Dingen aber werden wir bestrebt sein, die Eltern über das Ausbildungssystem des Herrn Mehler zu orientieren. L. S.

Es ist zum Verzweifeln, daß ein Volk sich erst berauschen muß in Haß, ehe es den Mut bekommt, ihn zu befriedigen; daß es nicht eher sein Herz findet, bis es den Kopf verloren. Ludwig Börne.

Feuilleton.

Der schwarze Bauer vor den Richtern.

»Erbarme dich, Herr! Ich flehe dich an: Laß mir das Haus, laß mir das Dach! Mein krankes Weib liegt im Fieberwahn, Und der Säugling ist mait und krank und schwach — Laß mir das Haus noch zwei Wochen!»

Die keuchende Brust rang es heraus, Die bebenden Hände wand ihm empor. — Doch der Graf sah stolz ins Weiße hinaus Und kalt klang mir das Wort ins Ohr: »Brauch' Ställe für meine Schweine!»

Da packte mich wilde, verzweifelte Wut! Ich laßte die Zügel, hoch bäumte das Roß. »Ich beschwör' dich bei deinem adligen Blut, Hier halt' ich dich fest, ich lasse nicht los: Du mußt mein Flehen erhören!»

Da flammte sein Auge in hellem Zorn; Er hob die Peitsche, es klatschte der Schlag! Dann gab er dem feurigen Rosse den Sporn, Und überritten am Boden lag Der Knecht mit blutigem Antlitz.

Da hab' ich verzweifelnd mich aufgerafft, Mit drohenden Fäusten rief ich's ihm nach: »Der Satan gebe mir Macht und Kraft Zur blutigen Rache für meine Schmach! O hüte dich, Hund, vor dem Rächer!« —

Der Säugling schreift und dem Weibe graust. Dort, wo mir die Mutter das Leben gab, Wo wir mit Frau Sorge von Jeher gehaust, Ließ ich sie zurück und zog falab — Ich ward ein schwarzer Bauer.

Mit Elendsgenossen von Burg zu Schloß Und von Schloß zu Burg zog ich durchs Land. Den Grafen holt' ich aus feigem Troß, Ich erwürgte ihn mit dieser Hand! — Das bekehr' ich, ihr Herren, euch gerne.

Nun gebt mich getrost den Raben zum Fraß. Das beschwor'ne Werk hab' ich vollbracht! Die Rache gedacht, verkühlt ist der Haß. Ich dank' es dem Satan, er gab mir Macht — Jetzt zahl' ich ihm gerne die Zeche . . . P. B.

Vom Büchertisch.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Slager G. m. b. H., Berlin SW 68. Redaktion Dr. Albert Südekum. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mk. Einzelhefte 30 Pfg. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs entgegen.

Briefkasten der Redaktion.

J. N. R. Solche Anfragen gehören an die Graphische Rundschau. Wir haben Ihre Anfrage dorthin gesandt. Sie werden also dort die Antwort erhalten.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Cutwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Prospekt freil. Kunstgewerbebesuche
Barmen

Roulett, Fadenstichel Fräser u.s.w.

In bester Aus-
führung fert. an
Carl Neumann, vormals G. König,
Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Wischwalzen- Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-
Pressen liefert
Edm. Behnisch, Luckenwalde
Vertreter an allen größeren Plätzen.
la Zeugnisse.

Schermas Reisehandbuch für wandernde Arbeiter

(Tourenb. i. Red.) 2a. 2000 Reise-
touren, 3 Karten, Geb. M. 1.50, D. alle
Buchh., Kolp. u. J. Scherm, Stuttgart.

„Radium-Reiber“

Deutsches Reichspatent No. 269 755
zum Wiederherstellen von Lithographien
und Umdrucken, gleichwie auf weiche
Art dieselben gelitten. Steins hilft ein
Überstreichen m. d. „Radium-Reiber“,
welcher für ca. 200 Fälle genügt. Ent-
säuren, Nachmachen usw. fällt gänzlich
weg. — Preis per Stück 15,— Mk. —
Farblose

„Radium-Pasta“

der Farbe zugesetzt, verhindert das
Reißen bei Merkantil-, Zeltchen-, Raster-,
Schriftplatten usw.

— Preis per Kg. 5,— Mk. —
F. Hantke, Hamburg 22,
Vogelweide 5.

Lichtdruckeinrichtung

(Handpresse) billig zu verkaufen. Gefl.
Off. an Friedrich Kolb, Ditzingen,
Post Leonberg (Württbg.)

Fachliteratur.

Der Aluminiumdruck (Algraphie).
Von K. Welland. Preis inkl. Porto 85 Pfg.
Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schönditz.

LEIPZIG 1914



MAI-
OKTOBER

Weltausstellung

für das
BUCHGEWERBE
und die
GRAPHISCHEN KÜNSTE

Eigene Gebäude fremder Staaten
SONDER-AUSSTELLUNGEN

Festliche Veranstaltungen
Grosser Vergnügungspark

Verbandsnachrichten

Wer kann die Adresse des Stein-
druckers
Albert Hohmann,
Buch-Nr. 32551 mitteilen? Porto wird
vergütet. Ludwig Reinhard,
Aschersleben, Liebenwahncher-Plan.

Achtung!

Um Angabe der Adresse des Nach-
sneiders
Rudi Rudolph
aus Leipzig-Stötteritz, bitte die
Verwaltung der Mitgliedschaft
Göppingen (Württbg.)

Der Chemigraph
Theodor Klein
aus Straßburg, ehem. Buch-Nr. 32 402,
ist wieder aufgetaucht und versucht
Unterstützungen zu erschwindeln. Der-
selbe ist nicht Verbandsmitglied.
München II.

Lüneburg.

Kassierer und Unterstützungsaus-
zahler der hiesigen Zahlstelle ist jetzt
Kollege Otto Weise, A. d. Meere 29.

Achtung! Mainz!

Wegen Abreise des selbstergen
Vorsitzenden sind alle Zuschriften bis
auf weiteres an den Koll. Karl Kläber,
Mainz, Klarastr. 1, zu richten.

Mühlhausen i. Els.

Die Adresse des Vorsitzenden und
Auskunftsvertellers Koll. Emil Reiser,
ist jetzt: Habsheimerstr. 14.

Achtung! Neurode in Schlesien!

Vorsitzender, Auskunftsverteller und
Arbeitsnachweisverwalter ist jetzt Emil
Grabs, Sindermannstraße 5.

Schramberg i. Württbg.

Kassierer und Unterstützungsaus-
zahler ist jetzt Koll. Karl Schmidt,
Kirnbachstraße 37.

Unserm lieben Kollegen
Anton Augsten
sagen wir beim Fortzug von
Neurode ein
herzliches Lebewohl
und wünschen ihm viel Glück
im neuen Wirkungskreise.
Zahlstelle Neurode.

Adressen- Änderungen

sind zwecks Veröffentlichung in der
»Graph. Pr.« nicht an die Expedition
sondern an den
Hauptvorstand zu senden!
Die Expedition.

Totenliste

- † Am 7. Mai in Leipzig Max Thierbach, Steindrucker aus Döllitz,
46 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 25 Wochen 2 Tage. — Eingetreten
in Leipzig am 1. Januar 1893.
- † Am 11. Mai in Leipzig Gustav Zieger, Steindrucker aus Leipzig,
42 Jahre alt, an Herzleiden, krank 20 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in
Leipzig am 30. April 1898.
- † Am 22. Mai in Cöln Carl Biedermann, Formstecher aus Basel,
34 Jahre alt, an Blinddarmentzündung, krank 4 Tage. — Eingetreten in
Elberfeld am 6. Oktober 1912.
- † Am 29. Mai in München Hubert Ackermann, Retuscheur aus
München, 48 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden. — Einge-
treten in München am 9. August 1897.
- † Am 31. Mai in Leipzig Gustav Köhler, Steindrucker aus Schöne-
feld bei Leipzig, 51 Jahre alt, an Herzleiden, invalide seit 7. September
1913. — Eingetreten in Leipzig am 15. Dezember 1901.
- † Am 2. Juni in Dresden Alfred Fischer, Steindrucker aus
Dresden, 49 Jahre alt, an Nieren- und Darmlleiden, krank 26 Wochen
1 Tag. — Eingetreten in Dresden am 1. Januar 1889.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todes-
fall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Bel-
fügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe- Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen.
Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns
auch gleich deren Personalien (Namen, Geburts- und -Jahr) mitteilen.
Der Hauptvorstand.